



## Wortprotokoll der 84. Sitzung

### Ausschuss für Wirtschaft und Energie

Berlin, den 9. September 2020, 11:30 Uhr  
10557 Berlin, Paul-Löbe-Allee 2  
Paul-Löbe-Haus, Europasaal 4.900

Vorsitz: Klaus Ernst, MdB

## Tagesordnung - Öffentliche Anhörung

### Tagesordnungspunkt 1

Seite 4

#### a) Gesetzentwurf der Bundesregierung

#### **Entwurf eines Gesetzes zur Änderung des Wind- energie-auf-See-Gesetzes und anderer Vorschriften**

**BT-Drucksache 19/20429**

#### **Federführend:**

Ausschuss für Wirtschaft und Energie

#### **Mitberatend:**

Ausschuss für Umwelt, Naturschutz und nukleare  
Sicherheit  
Haushaltsausschuss (mb und § 96 GO)

#### **Gutachtlich:**

Parlamentarischer Beirat für nachhaltige Entwicklung

#### b) Antrag der Abgeordneten Dr. Julia Verlinden, Dr. Ingrid Nestle, Annalena Baerbock, weiterer Abgeordneter und der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN

#### **Ausbau der Offshore-Windenergie zuverlässig, naturverträglich und kostengünstig absichern**

**BT-Drucksache 19/20588**

#### **Federführend:**

Ausschuss für Wirtschaft und Energie

#### **Mitberatend:**

Ausschuss für Umwelt, Naturschutz und nukleare  
Sicherheit

**Mitglieder des Ausschusses\***

	<b>Ordentliche Mitglieder</b>	<b>Stellvertretende Mitglieder</b>
CDU/CSU	Bleser, Peter Durz, Hansjörg Grotelüschen, Astrid Hauptmann, Mark Heider, Dr. Matthias Helfrich, Mark Knoerig, Axel Koeppen, Jens Lämmel, Andreas G. Lenz, Dr. Andreas Loos, Bernhard Metzler, Jan Müller (Braunschweig), Carsten Pfeiffer, Dr. Joachim Rouenhoff, Stefan Stein (Rostock), Peter Willsch, Klaus-Peter	Dött, Marie-Luise Grundmann, Oliver Holmeier, Karl Kemmer, Ronja Körber, Carsten Kruse, Rüdiger Linnemann, Dr. Carsten Mattfeldt, Andreas Möring, Karsten Nicolaisen, Petra Nüßlein, Dr. Georg Pols, Eckhard Ramsauer, Dr. Peter Schweiger, Torsten Steier, Andreas Stetten, Christian Frhr. von Vries, Kees de
SPD	Freese, Ulrich Gremmels, Timon Junge, Frank Katzmarek, Gabriele Mohrs, Falko Poschmann, Sabine Rimkus, Andreas Saathoff, Johann Töns, Markus Westphal, Bernd	Bartol, Sören Jurk, Thomas Kapschack, Ralf Miersch, Dr. Matthias Raabe, Dr. Sascha Scheer, Dr. Nina Schmidt, Uwe Stamm-Fibich, Martina Thews, Michael Weingarten, Dr. Joe
AfD	Chrupalla, Tino Heßenkemper, Dr. Heiko Holm, Leif-Erik Komning, Enrico Kotré, Steffen Müller, Hansjörg	Bernhard, Marc Espendiller, Dr. Michael Hollnagel, Dr. Bruno Kraft, Dr. Rainer Sichert, Martin Spaniel, Dr. Dirk
FDP	Houben, Reinhard Klinge, Dr. Marcel Neumann, Dr. Martin Todtenhausen, Manfred Ullrich, Gerald Weeser, Sandra	Bauer, Nicole Dassler, Britta Katharina Kulitz, Alexander Reinhold, Hagen Solms, Dr. Hermann Otto Theurer, Michael

\*Die unterschriebene Anwesenheitsliste wird dem Originalprotokoll beigelegt und ist während der laufenden und der darauf folgenden Wahlperiode im Sekretariat des Ausschusses für Wirtschaft und Energie und danach im Archiv des Deutschen Bundestages einsehbar.



DIE LINKE.	Beutin, Lorenz Gösta Ernst, Klaus Lutze, Thomas Meiser, Pascal Ulrich, Alexander	Dağdelen, Sevim De Masi, Fabio Riexinger, Bernd Tatti, Jessica Wagenknecht, Dr. Sahra
BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN	Dröge, Katharina Janecek, Dieter Müller, Claudia Nestle, Dr. Ingrid Verlinden, Dr. Julia	Badum, Lisa Baerbock, Annalena Bayaz, Dr. Danyal Kotting-Uhl, Sylvia Krischer, Oliver

**Sachverständigenliste:**

**Christoph Maurer**

Consentec GmbH

**Dirk Güsewell**

EnBW Energie Baden-Württemberg AG (EnBW)

**Pierre Bauer**

Siemens Gamesa Renewable Energy GmbH & Co. KG (Siemens Gamesa)

**Stefan Thimm**

Bundesverband der Windparkbetreiber Offshore e.V. (BWO)

**Heiko Messerschmidt**

IG Metall Küste

**Peter Reitz**

European Energy Exchange AG (EEX AG)

**Dr. Kim Detloff**

NABU – Naturschutzbund Deutschland e.V. (NABU)

**Matthias Zelinger**

Verband Deutscher Maschinen- und Anlagenbau e.V. (VDMA)



## Tagesordnungspunkt 1

a) Gesetzentwurf der Bundesregierung

### Entwurf eines Gesetzes zur Änderung des Windenergie-auf-See-Gesetzes und anderer Vorschriften

#### BT-Drucksache 19/20429

b) Antrag der Abgeordneten Dr. Julia Verlinden, Dr. Ingrid Nestle, Annalena Baerbock, weiterer Abgeordneter und der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN

### Ausbau der Offshore-Windenergie zuverlässig, naturverträglich und kostengünstig absichern

#### BT-Drucksache 19/20588

Der **Vorsitzende**: Guten Tag, zusammen. Ich begrüße Sie ganz herzlich zu unserer Anhörung und bitte Sie, die Plätze einzunehmen. Dieser Anhörung liegt zugrunde ein Gesetzentwurf der Bundesregierung zur Änderung des Windenergie-auf-See-Gesetzes und anderer Vorschriften, Bundestagsdrucksache 19/20429. Ich begrüße recht herzlich als erstes die Sachverständigen, die ich jetzt einzeln aufrufen werde, damit wir auch für das Protokoll wissen, dass Sie alle da sind. Als erstes Herrn Christoph Maurer von Consentec GmbH. Guten Tag, Herr Maurer. Ich begrüße weiter Herrn Dirk Güsewell, EnBW, und Herrn Pierre Bauer, Siemens Gamesa. Danke schön. Weiterhin begrüße ich Herrn Stefan Thimm, hinter der Kamera versteckt, ok, danke, und Herrn Heiko Messerschmidt, IG Metall Küste. Ah ja, Herr Messerschmidt ist zugeschaltet, ok, alles klar. Also einen haben wir sozusagen per Video dabei. Dann haben wir Herrn Peter Reitz, Herr Reitz, guten Tag von European Energy Exchange. Dann Dr. Kim Detloff von NABU, guten Tag. Und Herr Matthias Zelinger vom VDMA, vom Verband Deutscher Maschinen- und Anlagenbau. Guten Tag. Des Weiteren begrüße ich die Kolleginnen und Kollegen des Ausschusses für Wirtschaft und Energie, die teilweise hier, aber teilweise uns auch an den Bildschirmen verfolgen. Für die Bundesregierung begrüße ich Frau Parlamentarische Staatssekretärin Winkelmeier-Becker. Dann begrüße ich die Ver-

treter der Länder, die Vertreter der Medien und natürlich auch unsere Zuhörer und Zuschauer auf der Bühne und vor den Fernsehschirmen, die die Anhörung im Parlamentsfernsehen verfolgen können. Zum Ablauf noch ein paar Erläuterungen für Sie. Wir haben uns darauf verständigt in den Fraktionen, dass wir die Anhörung nicht in Themenblöcke aufteilen, sondern dass wir sie nach der Berücksichtigung des Stärkeverhältnisses der Fraktionen durchführen. Das bedeutet, entsprechend der Stärkeverhältnisse der Fraktionen hat die Fraktion jeweils ein Rederecht von 4 Minuten. Die 4 Minuten beziehen sich auf die Frage und die Antwort. Das ist wichtig. Ich weise nochmal darauf hin, je kürzer die Frage, je länger die Antwort. Nach 4 Minuten muss ich eingreifen, damit niemand benachteiligt wird. Ich würde Sie dann bitten, zum Schluss zu kommen. Es läuft eine Uhr. Dies ist deshalb wichtig, damit Sie fertig werden. So, noch ein Hinweis an die Kolleginnen und Kollegen des Ausschusses nochmal. Ich bitte Sie, zu Beginn Ihrer Frage zu sagen, an wen Sie die Frage richten. Ich werde Sie dann nochmal einzeln aufrufen für das Protokoll, bevor Sie antworten. Es wird ein Wortprotokoll erstellt. Wir können nun mit der Anhörung beginnen. Als erstes rufe ich Herrn Koeppen von der CDU/CSU-Fraktion auf. Bitte Herr Koeppen.

Abg. **Jens Koeppen** (CDU/CSU): Vielen Dank, Herr Vorsitzender. Meine Frage geht an Herrn Maurer. Herr Maurer, ich würde gerne Folgendes wissen. Es gibt ja im Falle von 0-Cent-Geboten ein zweites Gebotsverfahren zur Einführung einer zweiten Gebotskomponente, dass Sie dieses Verfahren mal erklären, die Vor- und Nachteile, auch die Vorteile gegenüber der sogenannten Contract-of-difference-Verfahren, dass wir mal wissen, was passiert da im Wettbewerb, was passiert mit den Preisen? Dass Sie das uns mal bitte erläutern.

Der **Vorsitzende**: Herr Maurer bitte.

SV **Christoph Maurer** (Consentec GmbH): Ja, danke. Das ist für 4 Minuten ein spannendes Programm. Wir haben in beiden Ausschreibungen im Übergangssystem 0 Cent-Gebote gesehen. Das ist zwar nicht sicher, dass wir in Zukunft die auch haben werden bei Windenergie-auf-See, aber es kann sehr wohl sein. Wenn wir aber bei dem



zentralen Ausschreibungsmodell zwei Gebote mit 0 Cent hätten, hätten wir keine Möglichkeit, auf Basis eines wirtschaftlichen Entscheidungskriteriums eine Zuschlagsentscheidung zu treffen. Deswegen besteht hier Handlungsbedarf. Also nach heutigem Recht müsste gelöst werden. Das ist, glaube ich, für niemanden befriedigend und will niemand. Deswegen brauchen wir ein wirtschaftliches Entscheidungskriterium. Der Gesetzentwurf schlägt hier die zweite Gebotskomponente vor, ein Verfahren, das ausschließlich, wenn 0-Cent-Gebote abgegeben worden sind, mehrere oder ein Eintrittsrecht besteht, die Bieter die Chance haben, nicht nur 0-Cent zu bieten, sondern eine Zahlungsbereitschaft zu erklären und derjenige Bieter, der bereit ist, die höchste Zahlung zu leisten, die würde dann in jährlichen Raten zu leisten sein, erhält den Zuschlag. Diese Zahlung wird verwendet als Offshore-Netzanbindungsbeitrag, um die Kosten der Offshore-Netzanbindung, die die erfolgreichen Bieter ja kostenlos bereitgestellt erhalten, abzusenken. Das wesentliche Alternativmodell, das diskutiert wird, ist das der Differenzverträge. Bei den Differenzverträgen werden die Bieter letztendlich beanreizt, auf ihre Strombestehungskosten zu bieten, das heißt, es gibt keine 0 Cent-Gebote, sie werden aber auch vollständig vom Marktpreisrisiko entkoppelt. Das heißt, wenn Sie mehr verdienen als der Marktpreis ist, müssen Sie die Übererlöse zurückzahlen, wenn Sie weniger verdienen, bekommen Sie sie als Förderung erstattet. Das ist bei der zweiten Gebotskomponente anders. Die basiert auf dem etablierten Mechanismus der gleitenden Marktprämie. Die gleitende Marktprämie erlaubt eine Zahlung, eine Förderung, wenn der Gebotspreis höher ist als das, was am Markt erlösbar ist, dann wird die Differenz erstattet, aber Übererlöse müssen nicht zurückerstattet werden. Das klingt zunächst einmal so, als ob die Bieter davon mehr hätten, aber Bieter, rational kalkulierende Bieter, nehmen diese Mehrerlöse in ihr Kalkül mit rein und sind eben bereit, weil sie glauben, dass sie mehr verdienen werden am Markt, als sie überhaupt für die Refinanzierung der Anlage brauchen, diese Mehrerlöse in einer zweite Gebotskomponente zu stecken. Das sind beides aus meiner Sicht denkbare Verfahren zum Umgang mit der Situation bei 0-Cent-Geboten. Der wesentliche Unterschied besteht in der Frage der langfristigen Marktintegra-

tion der Erneuerbaren Energien. Die zweite Gebotskomponente ist aus meiner Sicht eine logische Fortführung des Modells der gleitenden Marktprämie, das schrittweise die Erneuerbaren Energieanlagen an den Markt heranzuführt. Mit diesem Modell können die Bieter Marktpreisrisiken übernehmen, sie müssen es aber nicht, weil sie können auch weiterhin positive Gebote abgeben und eine Förderung erhalten. Das ist also ein Modell, das es erlaubt, schrittweise Erneuerbare Energien immer weiter in den Markt zu integrieren. Der wesentliche Unterschied bei den Differenzverträgen ist, dass für die Erlöse der Bieter der Marktpreis, zumindest das Marktpreisniveau, weitgehend irrelevant ist. Das heißt, wir schirmen die Bieter mit dem Modell der Differenzverträge vom Markt ab und die Hürde, Erneuerbare Energien vollständig in den Markt zu übernehmen, wenn man das für ein politisches Ziel hält, wird nicht kleiner, sondern sie bleibt genauso hoch, wie in der Vergangenheit auch bzw. wenn man es ernst nimmt, ist es sogar etwas höher als bei den 0-Cent-Geboten, die wir in der Vergangenheit hatten. Ja, wir errichten wieder einen Schutzwall der Erneuerbaren Energien vor dem Marktpreisniveau, und deswegen halten wir das Modell der zweiten Gebotskomponente für überlegen, weil es einfach die langfristige Marktintegration vereinfacht und nicht erschwert, wie bei den Differenzverträgen.

**Der Vorsitzende:** Recht herzlichen Dank. Als nächstes spricht Kollege Westphal von der SPD.

**Abg. Bernd Westphal (SPD):** Vielen Dank, Herr Vorsitzender. Vielen Dank, meine Herren, dass Sie uns zur Verfügung stehen hier im Ausschuss als Sachverständige. Wir haben bei der Energiewende den Ausstieg aus der Atomenergie und aus der Kohle jetzt im Parlament beschlossen und wir haben jetzt die Aufgabe, einen sicheren Rahmen zu schaffen für den weiteren Ausbau der Erneuerbaren Energien, also das auch zu realisieren, auch vor dem Hintergrund der Versorgungssicherheit. Und deshalb meine Frage an Herrn Thimm. Wie sieht der Verband das, was zumindest den weiteren Ausbau angeht? Sind die Rahmenbedingungen wirklich für die Investoren sicher, das auch zu realisieren?

**Der Vorsitzende:** Bevor ich dem Herrn Thimm das



Wort gebe, begrüße ich jetzt auch den Kollegen Heiko Messerschmidt, der uns jetzt zugeschaltet ist und ich hoffe, er kann uns hören. Ok. Wir hören Sie noch nicht. Können Sie es nochmal versuchen?

**SV Heiko Messerschmidt** (IG Metall Küste): Jetzt müssten Sie mich hören.

**Der Vorsitzende:** Jetzt höre ich Sie. Alles gut. Gut, danke schön. Und jetzt Herr Thimm und ab jetzt läuft auch erst Ihre Zeit.

**SV Stefan Thimm** (BWO): Danke, dass ich heute die Möglichkeit habe, hier für die Branche Stellung zu nehmen. Grundsätzlich ist zum Wind-See-Gesetz zu sagen, dass es natürlich richtig ist, dass darin das 20 Gigawatt-Ziel für das Jahr 2030 und das 40 Gigawatt-Ziel für das Jahr 2040 festgeschrieben werden. Das ist vordergründig auch auf jeden Fall sehr gut und ist geeignet, der Branche auch Planungssicherheit zu geben. Allerdings sind es die kleinen Details, die hier verheerende Wirkung haben und Sie haben gerade eben nach der Wirtschaftlichkeit gefragt. Ich will Ihnen ein Beispiel nennen und insbesondere an dieser Stelle auf die Kosteneffizienz eingehen. Es ist tatsächlich so, dass im Rahmen der zweiten Gebotskomponente die Bieter die langfristige Strompreisentwicklung betrachten müssen. In dem Punkt haben wir überhaupt keinen Dissens zu den Aussagen von Herrn Maurer. Das Problem besteht allerdings darin, dass diese langfristige Strompreisentwicklung in ganz erheblichem Umfang von der Gesetzgebung abhängig ist und daraus resultiert eine Unsicherheit bei den Erlösen. Die Banken reagieren auf diese Unsicherheit mit Zinsaufschlägen, die schließlich zu Steigerungen bei den Strombestehungskosten in einer Größenordnung von 28 bis 35 Prozent münden. Dies ist durch diverse Studien auch belegt. Es gibt einen zweiten Effekt bei der Kosteneffizienz, und da geht es ganz konkret um den Industriestrompreis. Ich will hier die Auswirkung anhand eines Beispiels darlegen. Angenommen, Sie haben Strombestehungskosten von sagen wir, wie zuletzt im UK bezuschlagt, 4 Cent pro Kilowattstunde. Sie gehen in die Ausschreibung rein und geben ein 0-Cent-Gebot ab. Anschließend kommt es zur Ausschreibung der zweiten Gebotskomponente und den Wert müssen Sie natürlich als Investor

ebenfalls bei dem Verkauf des Stroms ebenfalls auf die Kilowattstunde anrechnen. Mal angenommen, das wäre 1 Cent. Dann haben Sie also schon mal 5 Cent, die Sie am Strommarkt Erlösen müssten, wenn Sie sich refinanzieren wollten. Und dann sagt Ihnen die Bank noch, naja, aber dein Erlösstrom ist unsicher, deshalb kommen höhere Zinsaufschläge rein. Also rechnen wir in diesem Fall einfach mal nicht mit 35 Prozent, was die obere Grenze ist, sondern nur mit 30, dann landen wir also bei 6,5 Cent. 6,5 Cent, das ist der Preis, mit dem unsere Unternehmen dann an die Industrie herantreten sollen und sagen, macht mal bitte einen PPA mit uns. Beim Differenzvertrag haben wir hingegen Kosten von 4 Cent, die wir auch an den Strommarkt bringen. Das ist der GAP ganz plastisch ausgedrückt, warum sich auch die Industrie in großen Teilen dem Differenzvertrag, das Modell so angeschlossen hat. Vielen Dank.

**Der Vorsitzende:** Herr Kotré bitte von der AfD.

**Abg. Steffen Kotré** (AfD): Ja, vielen Dank. Ja, meine Frage geht an Herrn Dr. Detloff vom NABU. Windenergieanlagen beeinträchtigen oder zerstören sogar die Umwelt, mal mehr, mal weniger, wenn sie im Wald stehen oder wie jetzt hier, wenn sie im Meeresgrund errichtet werden. Und da geht meine Frage hin. Können Sie dieses Thema vielleicht nochmal ganz kurz aufgreifen? Inwieweit wird hier das Ziel des Umweltschutzes im energiepolitischen Zieldreieck gestört?

**Der Vorsitzende:** Danke. Herr Dr. Detloff bitte.

**SV Dr. Kim Detloff** (NABU): Ja, vielen Dank für die Frage. Und ich freue mich sehr, dass ich so ein bisschen eine andere Perspektive mit in diese Runde bringen kann. Im Vorfeld hatte sich ja angedeutet, dass es stark um das Vergütungsmodell, um die verschiedenen Modelle gehen wird und letztendlich nähert sich das Windenergie-auf-See-Änderungsgesetz ja auch aus den Anstrengungen, Klimaschutz umzusetzen, aus dem Klimaschutzprogramm der Bundesregierung. Und deshalb ist es wichtig, glaube ich mal, diese Naturschutz-, Umwelt- und Klimaschutzbrille aufzusetzen. Wir haben uns als NABU früh für einen Mix von Erneuerbaren Energien ausgesprochen, unterstützen auch die 20 Gigawatt. Aber letztendlich kennen wir heute, lernen wir eigentlich stän-



dig noch in einem dynamischen System dazu, weil die Umweltauswirkungen auch aus der Offshore-Windkraft resultieren und dass wir anfänglich unterschätzt haben, welche Auswirkungen letztendlich die Offshore-Windenergie in welchem Ausmaß auf die ohnehin überlasteten Ökosysteme der Nord- und Ostsee hat. Und die Konflikte sind vielfältig. Also wir alle kennen die Schallproblematik, wenn die Fundamente in den Meeresboden getrieben werden. Das haben wir inzwischen mit einer wirklich steilen und guten Lernkurve einigermaßen in den Griff bekommen, indem wir technischen Schallschutz einsetzen und das duale Lärmschutzkriterium der Bundesregierung weitestgehend einhalten können. Wir lernen jetzt aber letztendlich auch, was das kumulativ bedeutet. Wie viele Windparks miteinander auf verschiedene Artengruppen einwirken und besonders dramatisch sind die Auswirkungen auf Seevögel. Da haben wir in der Tat die anfänglich geschätzten Meideradien deutlich unterschätzt. Wir haben sie ungefähr drei- bis viermal unterschätzt, sodass wir es mit massiven Lebensraumverlusten in Nord- und Ostsee zu tun haben. Auch in den ausgewiesenen Schutzgebieten des Natura 2000-Netzwerkes und wir verändern praktisch, wir sagen von Naturschutzseite immer ganz gern, wir brauchen die Windkraft, aber Windkraft ist ein echter Gamechanger. Also wir verändern wirklich die gesamten Ökosysteme vor unserer Haustür. Das geht damit los, dass wir wirklich das Habitat verändern, dort wo Weichboden war, kommt Hartboden rein, wir verändern Lebensgemeinschaften, wir verändern Strömungsverhältnisse. Also letztendlich glaube ich, lernen wir es gerade, was eigentlich schon bei 7,5 Gigawatt und das dürfen wir immer nicht vergessen. Das sind die Probleme, die ich beschreibe, die haben wir kennengelernt, die heute über 24 Anlagen in der AWZ ausgebauten 7,5 Gigawatt. Und ich glaube, es bedarf unser aller Anstrengung, wenn wir dieses Ausbauziel verdreifachen wollen. Und deshalb glaube ich schon, dass es richtig ist, auf die 20 Gigawatt hinzuzuarbeiten, aber als Naturschutzverbände und nicht nur der NABU haben wir einen wichtigen Nebensatz in unsere Handlungsempfehlung reingenommen. Da steht, im Rahmen der ökologischen Belastungsgrenzen, im Rahmen der Naturverträglichkeit, und da müssen wir heute einfach konstatieren, dass es Nord- und Ostsee ohnehin schon schlecht geht und dass jetzt

diese neue Form der Energiegewinnung in einen überlasteten Raum im schlechten Umweltzustand drängt und da gibt es ja verschiedenste Beweise dafür, von jüngsten Zustandsberichten der Meere statt die Rahmenrichtlinie bis zu Vertragsverletzungsverfahren, die gegen Deutschland laufen. Ich glaube, wir sind gut beraten, so ein bisschen unsere Hausaufgaben zu machen und erst die ökologischen Belastungsgrenzen zu verstehen von Nord- und Ostsee, ehe wir mit Ausbauzielen nach 2030 planen. Vielen Dank.

**Der Vorsitzende:** Danke, Herr Dr. Lenz von der CDU/CSU-Fraktion.

**Abg. Dr. Andreas Lenz (CDU/CSU):** Ja, vielen Dank, Herr Vorsitzender. Meine Frage richtet sich an Herrn Bauer von Siemens. Die Frage ist, die ich Ihnen gerne stellen würde, wie sind denn die Wertschöpfungsketten gerade auch in Deutschland, die letzten Endes dann auch dem Offshore-Ausbau zugrunde liegen? Und können Sie vielleicht auch ein Bild über die globalen Aktivitäten geben? Zweite Frage, welche technischen Entwicklungen erwarten Sie in den nächsten Jahren, gerade auch, was den Offshore-Ausbau betrifft und die letzte Frage, wie bewerten Sie das langfristige Ziel Deutschlands, eben 40 GW bis 2040 auch installiert zu haben? Danke.

**Der Vorsitzende:** Danke, Herr Bauer bitte.

**SV Pierre Bauer (Siemens Gamesa):** 4 Minuten, 3 Fragen, danke. Also, zuerst einmal Siemens Gamesa ist der Weltmarktführer, was das Thema Offshore betrifft. Wir haben Zugang zu allen Märkten in der Welt. Wir haben gemäß den Informationen von allen möglichen Unternehmen und Research-Instituten Ausbauziele weltweit, die jedes Jahr ein Wachstum von 22 Prozent mit sich bringen wird. Das heißt, 22 Prozent mehr Ausstoß aus unserem Werk in Cuxhaven. Wir sind der größte Arbeitgeber, was Offshore und Erneuerbare Energien in Deutschland betrifft. Wir haben insolvente Unternehmen wie Senvion und Adwen leider aufkaufen müssen, und ich brauche Ihnen nicht zu sagen, wie die gesamtwirtschaftliche Situation im Bereich Erneuerbare Energien eben ist. Zur Wertschätzungskette selbst. Zum einen, wir begrüßen die Ausbauziele, wir beglückwünschen Sie, dass man die Entscheidung getroffen hat, die



Ausbauziele zu erhöhen. Wo wir natürlich ein Problem damit haben, ist die Kontinuität. Wir haben in 2016 über 300 Millionen Euro in unser Werk in Cuxhaven investiert. Seit dem haben wir ein deutsches Projekt gefertigt. 2023 kommt das nächste und danach kommt wieder lange nichts. Wir haben jetzt das Glück, dass wir Verträge, die wir in England gewonnen haben, in Holland gewonnen haben und in anderen Ländern, also Nord- und Ostsee-Anrainerstaaten, in Cuxhaven fertigen lassen. Es gibt viele Subunternehmer, die dieses Glück nicht haben, weil der internationale Foodprint, also die Eröffnung von Geschäften in anderen Ländern, doch sehr schwierig, also teilweise schwierig sein kann für kleine und mittelständige Unternehmer. Deswegen plädieren wir auch, dass wir den sogenannten Fadenriss auch mit Projekten eben gerne befüllen würden, dort wo es noch Ausbaupazitäten und gerade eben in der Ostsee eben letztendlich gibt. In Bezug auf die Technik. Wir haben mit vielen anderen zusammen, also Herstellern zusammen, 5 Megawatt-Turbinen, die ersten in Deutschland, installiert. Wir sind mit all unseren Kunden, die sowohl auf der Bühne sitzen, aber auch neben uns sitzen, ständig im Kontakt. Im Mai dieses Jahres haben wir eine 14 Megawatt-Turbine mit einem Rotordurchmesser von 222 Metern annonciert. Die werden in den Niederlanden eingesetzt, die werden in England eingesetzt, die werden in Taiwan eingesetzt und sogar in den Vereinigten Staaten. In Deutschland haben wir bisher kein einziges Angebot, sowohl für Onshore als für Offshore, von unserer neuesten Technologie eben letztendlich platzieren dürfen und können. Wir glauben, das ist jetzt die Technologie. Zweiter Punkt, dass wir den Erwartungen, was Erneuerbare Energien betrifft, grüne Energy, Hydrogen, also die Sektor- kopplung, Offshore, einen signifikanten Beitrag dazu leisten kann. Wir müssen aber auch die Investitionssicherheit haben, um damit dann auch in Forschungen und Entwicklung zukünftig investieren zu dürfen.

**Der Vorsitzende:** Danke. Sie haben sicher die Gelegenheit, bei Ihrer nächsten Frage Ihre Ausführungen noch fortzusetzen. So, als nächstes ist dran Frau Weeser von der FDP.

Abge. **Sandra Weeser** (FDP): Ja, vielen Dank, Herr Vorsitzender. Meine Frage richtet sich an Herrn

Reitz von European Energy Exchange. Ich habe eine Frage oder würde gerne nochmals an Herrn Maurers Ausführungen anknüpfen, dem die Zeit gefehlt hat, nochmals zur Forderung auszuführen, statt der Einführung einer zweiten Gebotskomponente das Fördersystem auf Differenzkontrakte umzustellen. Und vielleicht können Sie auch noch in Ihre Bewertung das Thema Industriestrompreise reinnehmen, was Herr Thimm eben angesprochen hat. Könnte man auch, ohne auf diese Contract-for-difference zurückzukommen, auch 4 Cent anvisieren bei einer zweiten Gebotskomponente, ohne dass das staatlich vorgegeben ist? Sorry.

**Der Vorsitzende:** Danke. Herr Reitz bitte.

**SV Peter Reitz** (EEX AG): Ja, vielen Dank für die Frage. Ich halte die Einführung von CFDs für sehr kritisch. Ich halte sie für nicht notwendig und auch nicht für sinnvoll. Und lassen Sie mich das erläutern. Es wäre ein kompletter Bruch, das hat Herr Maurer schon ausgeführt, mit dem bisherigen Bestreben, die Erneuerbaren Energien weiter in den Markt zu integrieren und mit mehr Eigenverantwortung auszustatten. Letztendlich führt das zu der Frage, ob man hier eine staatliche Absicherung oder Erneuerbare Energien im Markt haben möchte. Das EEG war extrem wichtig und gut, aber ich denke, das Kind ist jetzt erwachsen, wir sehen das auch an den Geboten, die abgegeben werden, und die Politik muss sich hier die Frage stellen, wo man langfristig hin will. Soll der Energiemarkt ein staatlich gelenkter mit dann zusätzlichem Mikromanagement sein oder ein privatwirtschaftlich organisierter mit langfristigen politischen Vorgaben? Und wenn wir jetzt CFDs, also Contracts for difference, Differenzverträge, die hier vorgeschlagen wurden, anschaut, dann sind sie eine langfristige Risikoabsicherung für Marktpreisrisiken. Das ist nichts Neues, das gibt es auch heute schon, dass das zum Beispiel bei uns an der Strombörse in Leipzig gehandelt wird. Stromfutures sind auch nichts anderes als Absicherungsinstrumente für Marktpreisrisiken. Und die Akteure, die heute nach staatlicher Garantie rufen, sind die gleichen Akteure, die schon bei anderen Investitionen natürlich diesen Marktpreisrisiken ausgesetzt sind. Oft wird ja damit argumentiert, dass man dann diese Marktpreisrisiken eintauscht in Gegenparteirisiken, also die





Möglichkeit, dass der Kontrahent, mit dem man einen langfristigen Abnahmevertrag abgeschlossen hat, ausfällt. Auch dafür gibt es Absicherungsmechanismen. Das ist nämlich genau das, was eine Börse und das angeschlossene Clearinghouse tut. Es übernimmt die Kreditausfallrisiken des Vertragspartners. Und damit gibt es für beide Marktpreisrisiken hier Absicherungsmöglichkeiten, so dass eine zusätzliche staatliche Garantie aus meiner Sicht nicht notwendig ist. Es besteht auch die Gefahr, dass, wenn man jetzt anfängt, das ganze Steuersystem und Förderungssystem hier umzustellen, dass das dann nicht nur bei Offshore-Windenergie greift, sondern dass dann berechtigterweise vielleicht andere Erzeugungsarten nach gleichen staatlichen Garantien rufen und dass wir uns damit mehr und mehr von dem Markt verabschieden und das, was wir über die Liberalisierung des Strommarktes geschaffen haben, stückweise wieder abschaffen.

**Der Vorsitzende:** Danke schön. Als nächstes Kollege Beutin von der Fraktion DIE LINKE.

**Abg. Lorenz Gösta Beutin (DIE LINKE.):** Ja, meine Frage geht an Herrn Detloff. Wir haben ja eine Situation, wo wir nicht nur mit dem Klimawandel, sondern auch mit einem gigantischen Artensterben konfrontiert sind weltweit. Beides hängt sehr eng zusammen. Wenn Deutschland die Klimaziele erreichen will und das Pariser Klimaabkommen einhalten will, wird es die Energiewende wesentlich beschleunigen, mindestens verdreifachen müssen. Das bedeutet, wir brauchen einen energischen Ausbau der Solarkraft inklusive eben auch einer Verpflichtung zur Nutzung von Solarkraft. Wir brauchen den Ausbau der Windkraft an Land, das heißt eben auch, solche Abstandsregelung, wie sie die Bundesregierung jetzt ermöglicht hat, sind kontraproduktiv aus unserer Sicht und wir brauchen eben auch den Ausbau der Windkraft Offshore. Wenn die braun-blauen Sie jetzt eben gefragt haben, dann zielt es sicherlich darauf ab, insgesamt die Energiewende zu boykottieren. Das kann sicherlich nicht der Ansatz sein, auch nicht der Ansatz des NABU. In Ihrer Stellungnahme machen Sie ja deutlich, dass Sie den Ausbau von 20 Gigawatt bis 2030 unterstützen, dass Sie aber Bedenken haben, auf eine jetzige Festlegung auf eine konkrete Gigawattzahl über 2030 hinaus. Vielleicht könnten Sie das noch einmal

näher erläutern.

**Der Vorsitzende:** Herr Dr. Detloff bitte.

**SV Dr. Kim Detloff (NABU):** Ja, vielen Dank für die Möglichkeit, hier noch ein bisschen auszuführen. Ich glaube, das ist ganz zentral, auch für uns als NABU. Wir haben im letzten Jahr zwei wichtige Reports bekommen, des Weltklimarats und des Biodiversitätsrates. Und beide sind sich einig, dass wir diese beiden großen Krisen des Artensterbens und der Klimakrise gemeinsam angehen müssen. Und die Meere spielen eben bei der Bewältigung dieser Krise eine ganz herausragende Rolle, weil sie die größte Kohlenstoffsenke sind, weil sie Sauerstoff produzieren, weil sie wirklich fundamentale Ökosystemleistungen für uns Menschen bereitstellen. Und deshalb müssen wir das beides im Auge haben. Wenn wir zum jetzigen Zeitpunkt die 40 Gigawatt ablehnen, dann sagen wir das, weil wir meinen, es ist zu früh aufgrund der beschriebenen Problematik, dass wir eigentlich jetzt die Versäumnisse der letzten Jahre nachholen müssen, diese ökologischen Belastungsgrenzen festzulegen. Und wenn wir Windkraft privilegieren wollen in unserem begrenzten Raum, ich glaube, das ist nochmal ganz entscheidend, die Nord- und Ostsee sind nicht gerade grenzenlos, sie sind klein und überfüllt, und wenn man schaut, welchen Platzbedarf 40 Gigawatt hätten, dann sind das allein für die Windparkcluster zwischen 16 und 20 Prozent der deutschen AWZ, etwa 6 000 Quadratkilometer. Und wenn wir dann Wirkräume draufsetzen, die wie sie zum Beispiel die Windräder auf streng geschützte Vögel wie Stern- und Prachtttaube wirken, wenn wir einen Wirkraum draufsetzen von 5,5 Kilometer, das ist so ein anerkannter totaler Lebensraumverlust, den das BSH im Moment auch im Flächenraumentwicklungsplan festgeschrieben hat, dann geht 40 Prozent der deutschen AWZ der Nordsee verloren. Und das ist eben echt ein Pfund, mit dem wir umgehen müssen. Und deshalb sagen wir als NABU, es ist ein bisschen zu früh, um die Offshore-Windkraft über 20 Gigawatt hinaus zu privilegieren. Wir müssten dann erst Druck aus dem System nehmen. Und ich habe größte Angst davor, dass wir weiter, das beobachten wir seit Jahren, in diesen Streit, wenn es um den Ausbau von Offshore-Windkraft geht, dann wird das ein Streit zwischen Naturschutz



und Klimaschutz, zwischen Umweltverbänden und Erneuerbaren Energien. Und das gilt es zu verhindern, denn in der Zwischenzeit lehnen sich andere Akteure der maritimen Wirtschaft schön zurück, egal, ob es die Fischerei ist, ob es der Rohstoffabbau ist, ob es die Seeschifffahrt ist, und macht weiter in der traditionellen Übernutzung wie bisher. Und ich glaube, das müssen wir durchbrechen und das ist das, was wir einfordern, dass wir uns zum jetzigen Zeitpunkt etwas mehr Zeit nehmen. Das Windenergie-auf-See-Gesetz baut einen ungeheuren Druck da gerade auf. Auch auf die maritime Raumordnung, die eigentlich diese Debatte, die ich gerade skizziere, führen sollte. Wir brauchen Zeit, um zu diskutieren, wo nehmen wir Druck aus dem System, welche Nutzung fahren wir zurück, damit wir Offshore-Wind privilegieren können und nur das wäre der Weg letztendlich, um über 20 Gigawatt hinaus zu denken.

Der **Vorsitzende**: Danke. Frau Nestlé bitte von den GRÜNEN.

Abge. **Ingrid Nestle** (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Ja, danke schön. Herr Zelinger, es haben sich ja, wir haben es gerade schon gehört, ein Großteil der Industrie hinter Contracts for difference gestellt, der gesamte BDEW, gestern hat sich TRIMET als einer der größten Stromverbraucher klar dazu geäußert. Sie kommen ja von einer zunächst eher skeptischen Position zu den Differenzverträgen. Können Sie uns nochmal erläutern, wie Sie denn dann zur Unterstützung gekommen sind? Danke.

Der **Vorsitzende**: Danke. Herr Zelinger bitte.

SV **Matthias Zelinger** (VDMA e.V.): Ja, herzlichen Dank für die Frage, weil es, glaube ich, auch ein bisschen aufzeigt, dass das Ganze nicht unbedingt ganz schwarz-weiß sein muss. Tatsächlich kommen wir historisch von der Frage, wie kriegen wir möglichst viel Marktintegration hin? Und da ist natürlich klar, dass ich zumindest in der kurzfristigen Wirkung hier bei den CFDs eine Dämpfung reinbekomme. Aber, was wir eben gesehen haben, ist das, wenn man das Big Picture anguckt. Und das heißt für uns auf der einen Seite, wie reagieren Investoren und wo werden sie hingehen? Und dann haben wir einfach die europäische Feststellung, dass wir in Irland, Frankreich, Polen, Dä-

nemark, seit letzter Woche auch in Litauen und nicht mehr EU, aber in UK, das Differenzertragsmodell haben. Das wir zweitens in 2025 weltweit einen Weltmarkt von mindestens 20 Gigawatt haben werden, in 2030 auf jeden Fall über 30 Gigawatt. Das heißt, wir werden einen Wettkampf um die Investoren haben, wir werden einen Wettkampf um Standorte haben und wir werden einen Wettkampf darum haben, wer auch als Investitionsstandort für die Hersteller eine große Rolle spielen wird. Das sehen wir jetzt schon ausdrücklich. Da haben die 20 Gigawatt und die 40 Gigawatt Mittelfristziel ein sehr positives Signal gesendet. Das muss man nochmal ganz klar sagen. Aber in diesem Wettbewerb um die Standorte sind wir dann zu dem Punkt gekommen, dass wir gesagt haben, wir können uns auch zur Erreichung der Klimaschutzziele im Moment keinen Fehlschlag leisten, wir brauchen also eine Erfüllung der Ausschreibung und wir wollen auch in den Ausschreibungen einen Wettbewerb haben. Und das ist nochmal ein Punkt. Eben wurde in der Frage gesagt, dass CFDs gleich staatliche Preisfestlegungen haben. Das ist ja mitnichten so, sondern wir haben ja nach wie vor eine Ausschreibung. Und je mehr Risiken in den Ausschreibungen stecken, umso weniger Teilnehmer werden auch am Schluss dabei sein. Das heißt, wir sehen schon, dass sowohl die Möglichkeit, überhaupt Investoren zu bekommen als auch die Wahrscheinlichkeit, dass wir in den Ausschreibungen günstige Preise bekommen, dass da tatsächlich das CFD-Modell überlegen ist. Unser zweiter Punkt ist der, und hier müsste eigentlich ja auch aus dem BMWi in den Diskussionen im Moment auf europäischer Ebene nochmal ein Signal kommen, dass wir ja auch anstreben, pan-europäische, also internationale Offshore-Projekte hinzubekommen, bis hin zu der Diskussion, werden wir mal irgendwann diese berühmte künstliche Insel für Strom und Wasserstoff bekommen? Auch da wird es natürlich nicht gehen, wenn wir mit komplett unterschiedlichen Finanzierungs- und Regelwerken da rangehen. Lange Rede, kurzer Sinn, wir kommen an den Punkt, wo wir eine europäische Harmonisierung brauchen, und wir brauchen einen Punkt, wo wir in diesem deutlich wachsenden Weltmarkt einen attraktiven Standort haben und das war das, was uns bewegt hat, am Schluss zu sagen, nochmal, da muss noch viel Feinschliff passieren, da kann auch sicherlich



noch die ein oder andere Öffnungskomponente reinkommen, aber ich glaube, man kann davon ausgehen, dass tatsächlich in diesem Wettbewerb Deutschland nur dann ein guter Standort ist, wenn wir hier den gesamteuropäischen Weg ein Stück weit mitgehen. Danke.

**Der Vorsitzende:** Herzlichen Dank. Wir haben jetzt praktisch eine Runde rum. Wir kommen jetzt zu den weiteren Runden. Wir haben insgesamt 1 ½ Stunden Zeit, das bedeutet, dass, wenn alle nach unseren Regeln drankommen sollen, müssen wir jetzt für Frage und Antwort auf 3 Minuten reduzieren. Dass das jeder nochmal weiß. So, jetzt haben wir also die zweite Runde. Als erstes spricht der Kollege Saathoff.

**Abg. Johann Saathoff (SPD):** Ja, herzlichen Dank, Herr Vorsitzender. Meine Frage geht an Heiko Messerschmidt. Und zwar hätte ich ganz gerne gewusst, ob mit dem Gesetzentwurf der richtige industriepolitische Rahmen aus Sicht der IG Metall gesetzt worden ist. Ist also Wertschöpfung in Deutschland eigentlich aus Ihrer Sicht sichergestellt? Und ist damit sichergestellt, dass die Arbeitsplätze letzten Endes auch in Deutschland sind, dass also die Energiewende Offshore auch von Deutschland aus organisiert und mit Wertschöpfung versehen werden kann?

**Der Vorsitzende:** Herr Messerschmidt ist uns zugeschaltet. Bitte, Herr Messerschmidt.

**SV Heiko Messerschmidt (IG Metall Küste):** Ja, vielen Dank für die Frage und Entschuldigung für die technischen Probleme. Also ganz klar aus unserer Sicht, das Gesetz geht aus industriepolitischer Sicht in die richtige Richtung. Die Frage ist nur, ob es nicht viel zu spät kommt. Ein Beispiel, wenn man nach Bremerhaven guckt, sieht man viele leere Hüllen von Unternehmen, teilweise schon angesprochen, WeserWind, Adwen, PowerBlades, Senvion, all die gibt es nicht mehr. Insolvenzen oder inzwischen auch teilweise aufgekauft, allein in Bremerhaven drei bis dreieinhalbtausend Arbeitsplätze, die dort in der Zukunftsbranche Offshore-Wind verloren gegangen sind über die letzten Jahre, und so zieht es sich leider durch die gesamte Windbranche in Deutschland. Wir sind weiter mit massivem Arbeitsplatzabbau kon-

frontiert, reden jetzt für die Offshore-Windbranche über etwa 23 000 Jobs, die wir noch haben und die wir unbedingt halten müssen. Aber wir sehen schon, und Herr Bauer hat es ja auch schon angedeutet, erhebliche Risse in der Wertschöpfungskette. Wir würden nicht mehr von einem Fadenriss sprechen, sondern um norddeutsch zu bleiben, der Tampen ist gerissen in dieser Branche im Windbereich, und da muss jetzt ganz schnell ganz erheblich gegengesteuert werden, und dafür sind verlässliche Ziele, Ausbauziele und vor allem ein kontinuierlicher Ausbau ganz entscheidend, weil nur so auch in Deutschland wieder was aufgebaut werden kann oder das, was noch da ist, gehalten werden kann. Wir haben, positiv gesehen, noch, Herr Bauer hat es angesprochen, mit Siemens Gamesa in Cuxhaven Lichtblicke, Unternehmen, bei denen es um Tarifverträge geht, die tariflich gute Arbeit sozusagen bieten in diesem Bereich, aber diese Lichtblicke sind leider doch in den letzten Jahren weniger geworden, sodass wir viele Negativerfahrungen gemacht haben, aber den Optimismus nicht aufgeben wollen. Unsere Betriebsräte sagen sehr klar in unserer aktuellen Umfrage, da sagen 70 Prozent, die Aufhebung des Offshore-Deckels, das ist ein positives Signal, darauf haben wir ganz, ganz lange gewartet und wir erhoffen uns dadurch auch einen erheblichen Investitionsschub, und wenn man sich sonst umguckt in der Industrie, wie wir das ja als IG Metall machen, sehen wir, was durch Corona zurzeit auch in Frage steht, wie angespannt die Situation ist und da erhoffen wir uns, dass im Windbereich es da durch dieses Gesetz dann auch einen gewissen Schub gibt. Aber wie gesagt, es geht nicht nur um die kurzfristigen Ziele, sondern eben auch ganz besonders um das Mittelfrist-, Langfristziel, 40 Gigawatt bis 2040.

**Der Vorsitzende:** Recht herzlichen Dank. Die nächste Frage stellt Herr Bleser von der CDU/CSU.

**Abg. Peter Bleser (CDU/CSU):** Ja, meine Damen und Herren, wir haben ja jetzt die komfortable Situation, dass wir erstmals über 0-Angebote sprechen können. Das heißt, keine weitere Belastung mehr des EEGs. Das ist für die Energiewende von zentraler Bedeutung und deswegen wollte ich Herrn Maurer nochmal fragen, welche unterschiedlichen Kriterien liegen denn bei den Diffe-



renzverträgen in den vorhin genannten Ländern Großbritannien, Dänemark vor, die also uns zu der Einschätzung kommen lassen, dass die zweite Gebotsrunde richtig ist? Und ich würde Herrn Reitz noch bitten, zu beantworten die Frage, ob Tranchen ausgelobt werden können, die auch längerfristig laufen, wo eine Absicherung an der Börse ermöglichen? Nochmal an Siemens Gamesa, Herr Bauer, es ist ja technologiebetrieben, die Entwicklung, und deswegen kann man auch da nur unterstützend sich einbringen, dass diese Technologieentwicklung ja die günstigen Preise erst ermöglicht und vielleicht können Sie auch noch, das ist alles zuviel, eine Perspektive über die anstehenden Größenordnungen, die noch möglich sind, sagen.

**Der Vorsitzende:** Also das macht dann keinen Sinn mehr, weil wir haben jetzt noch 2 Minuten. Ich würde sagen, Herr Maurer und Herr Reitz jeweils eine Minute, dann kommen wir vielleicht für 2 Fragen hin.

**SV Christoph Maurer** (Consentec GmbH): Ok, ich gebe mir Mühe. Wir müssen bedenken, es gibt nicht ein CFD-Modell in Europa. Das wird gerne so dargestellt, das ist aber nicht so. Es gibt sehr unterschiedliche Modelle. Und UK zum Beispiel, die einer der ersten waren, die dieses Modell eingeführt haben, kommen aus einer Situation, in der die Anlagen in einem Zustand fehlender Marktreife viel mehr Risiko nehmen mussten, als das bei uns in Deutschland mit dem erfolgreichen EEG der Fall war. Dort war das vielleicht eine sinnvolle Fortentwicklung, die sind aber mit den CFDs, die die haben, nicht nur bei der langfristigen Marktintegration viel weiter zurück, als wir es sind, sondern auch bei der kurzfristigen Marktintegration. Das sind CFDs, die stündlich abgerechnet werden, das ist am ehesten vergleichbar mit dem festen Einspeisetarif, den wir zum Anfang des EEGs hatten. Anderer großer Player, der sich mit CFDs beschäftigt, ist Dänemark. Dänemark hat aber auch schon wieder das Modell gewechselt. Ja, die haben mal angefangen mit einem ähnlichen Modell wie UK, sind jetzt wieder bei einem anderen Modell mit jährlichen CFDs, was aber noch nicht operationell ist. Also es ist bei weitem nicht so, dass wir sagen könnten, es gibt eine Erfolgsgeschichte und einen europäischen De facto-Standard.

**Der Vorsitzende:** Danke. Herr Reitz. Sie haben noch 40 Sekunden.

**SV Peter Reitz** (EEX AG): Ich gebe mir Mühe, das in der Zeit zu beantworten. Es war ja die Frage nach der langfristigen Absicherungsmöglichkeit. Wenn man sich anschaut, was am Markt dabei passiert, die langfristigen Stromlieferverträge, die sogenannten PPAs, Power Purchase Agreements, haben im Durchschnitt eine Laufzeit zwischen 10 und 15 Jahren. Das heißt, auch Industrieunternehmen sind bereit, solche langfristigen Verträge einzugehen und die Absicherung über die Börse zum Kontrahentenausfallrisiko ist momentan bis zu 6 Jahren im Voraus möglich und soll jetzt auf 10 Jahre erweitert werden, sodass man auch dort langfristig die Dinge absichern kann inklusive Ausfallrisiko.

**Der Vorsitzende:** Recht herzlichen Dank. Die nächste Frage stellt Herr Helfrich von der CDU/CSU.

**Abg. Mark Helfrich** (CDU/CSU): Ja, ich hätte eine Frage an Herrn Maurer. Es wird argumentiert von den Befürwortern des CFD-Modells, dass Finanzierungskosten steigen in diesem Modell, Risikoaufschläge erforderlich sind. Wenn wir unterstellen, dass der Strommarkt funktioniert und diese Kosten am Ende des Tages tatsächlich den Produzenten entstehen, wo würden diese Kosten dann am Ende des Tages landen bzw. wer hätte sie am Ende des Tages zu tragen? Und die daran anschließende Frage ist, ist es de facto so, dass ich ceteris paribus am Anfang einfach einen höheren Preis bezahle, um mich gegen das Risiko abzusichern, das tatsächlich irgendwann doch mal ein Strompreis so weit fällt, dass am Ende des Tages die EEG-Umlage belastet würde.

**Der Vorsitzende:** Herr Maurer bitte.

**SV Christoph Maurer** (Consentec GmbH): Also erstmal muss man sagen, Marktpreisrisiken sind da. Ja, die sind, keiner kann exakt vorhersagen, wie sich der Marktpreis entwickelt. Es gibt Risiken, die müssen gemanagt werden. Bei irgendjemandem müssen sie landen. Der wesentliche Unterschied zwischen den beiden Modellen ist, dass die zweite Gebotskomponente auf eine marktliche dezentrale wettbewerbliche Risikoabsicherung



zielt, wohingegen das Modell der Differenzverträge eine staatliche Risikoabsicherung bietet und eine Sozialisierung der Risiken. Es ist auch nicht völlig falsch, also ich würde den Befürwortern der CFDs überhaupt nicht widersprechen, dass tatsächlich die staatliche Risikoabsicherung in der Lage sein kann, kurzfristig Finanzierungskosten zu senken. Ich bestreite ein bisschen die Höhen, die dort genannt werden, weil die 30 Prozent zum Beispiel aus Vergleichen mit dem UK-Modell entstanden sind, wo aber der Übergang ein ganz anderer war. Ja, da kommt man aus einer extrem risikobehafteten Situation in eine Situation, in der man das Risiko ganz wegnimmt. Da gibt es einfach ein viel größeres Delta, als es der Fall ist oder der Fall wäre in Deutschland. Tatsächlich wäre die Idee bei dem Modell mit der zweiten Gebotskomponente, dass man eine marktliche Risikoabsicherung zum Beispiel bei Börsengeschäften oder über Power Purchase Agreements findet, wo also Akteure, die gegenläufige Absicherungsinteressen haben, zu beiderseitigem Vorteil Absicherungsgeschäfte schließen. Also große Stromverbraucher, Industrie oder Utilitys haben ein Interesse, sich gegen sehr hohe Strompreise abzusichern, Erzeuger haben ein Interesse, sich gegen sehr niedrige Strompreise abzusichern. Diese beiden können sinnvollerweise miteinander Geschäfte machen. Dieser Markt hat sich, dieser PPA-Markt, Power Purchase Agreements, hat sich in Deutschland in den letzten Jahren entwickelt. Der ist aber ein zartes Pflänzchen. Wenn wir den weiterentwickeln wollen, dürfen wir jetzt nicht die CFDs einführen, weil das Problem ist bei den CFDs haben die großen Offshore-Windparkbetreiber gar kein Interesse mehr, es wäre irrational für die, noch solche privatwirtschaftlichen Geschäfte abzuschließen, und deswegen würden wir das zarte Pflänzchen der wettbewerblichen marktlichen Absicherung direkt wieder austreten und zerstören.

**Der Vorsitzende:** Danke, Herr Maurer. Als nächstes spricht der Kollege Gremmels. Ist bei mir auf der Liste.

**Abg. Johann Saathoff (SPD):** Das ist ein Missverständnis.

**Der Vorsitzende:** Kollege Saathoff.

**Abg. Johann Saathoff (SPD):** Ja, genau. Danke. Meine Frage geht an Herrn Thimm. Also wir hören ja jetzt ganz viel über CFDs sind in Europa unterschiedlich, wobei ich das nicht verstehe, warum man sie nicht auch einheitlich miteinander gestalten kann, wenn man die Netzanbindung schon miteinander gestalten möchte. Ich hätte gern Ihre Sicht auf diese ganze Situation. Europaweit sind wir auf der Einbahnstraße in der falschen Richtung?

**Der Vorsitzende:** Herr Thimm bitte.

**SV Stefan Thimm (BWO):** Vielen Dank. Ja, tatsächlich bin ich davon überzeugt, dass wir mit der zweiten Gebotskomponente einen Weg einschlagen, der uns in Europa isoliert. Wir sehen in Europa eine klare Entwicklung Richtung CFD, und es gibt dazu auch schon Untersuchungen, die zeigen, dass die Systeme oder die Staaten, die Differenzverträge anwenden, damit sie erfolgreich sind. Großbritannien wird an dieser Stelle natürlich oft als Musterknabe zitiert. In Großbritannien wurde 2015 ein Preis bezuschlagt in einer Größenordnung von 11,7 Cent pro Kilowattstunde. 2019 waren es noch 4 Cent. Unter CFD wurde hier eine Lernkurve realisiert mit einer Kostendegression in einer Größenordnung von 66 Prozent binnen weniger Jahre. Darüber hinaus kommt das Imperial College of London gemeinsam mit der BTU Cottbus zu dem Ergebnis, dass die Betreiber von Windparks über die gesamte Lebensdauer der Erzeugungsanlagen einzahlen werden und Letztverbrauchen entlasten werden. Dieses Erfolgsmodell hat dazu geführt, dass auch andere Staaten dieses System kopieren und, in Varianten kopieren, da stimme ich Ihnen voll und ganz zu, Herr Maurer, ich komme auch gleich nochmal ganz kurz auf diesen Punkt zurück. In Dänemark wird 2021 eine Ausschreibung dazu stattfinden, in Frankreich haben wir 2019 einen 4,4 Cent-Zuschlag gesehen. Polen und Litauen sind gerade im Abschluss eines Gesetzgebungsverfahrens. In Polen werden 10,9 Gigawatt zugebaut, in Litauen etwas über 1 Gigawatt, Spanien und Belgien diskutieren aktuell die Einführung von CFD. In Italien kennt man CFD aus dem Onshore-Bereich zur Absicherung und Gewährleistung niedriger Strompreise. Herr Maurer, Sie haben Recht. CFD ist nicht gleich CFD. Das stimmt einfach, und man muss auch sagen, dass in UK natürlich ein Prob-



lem besteht. Mit dem stündlichen CFD schwächen sie die Marktintegration. Ihre Schlussfolgerung, die Sie ja im Energiatech geäußert haben, teile ich explizit nicht. Es handelt sich nicht um einen Rückschritt bei der Marktintegration, genauso wenig wie „Produce and forget“, denn wir schlagen ja was anderes vor. Wir schlagen ja eine Weiterentwicklung dieses CFD-Modells vor. Wir haben gesagt, wir wollen die Direktvermarktung aufrechterhalten, wir wollen Bilanzkreisverantwortung aufrechterhalten. Wir sehen in unserem Vorschlag einen monatlichen Referenzmarktwert vor, meinestwegen können sie den sogar auf eine jährliche Basis heben und damit die Marktintegration stärken und das bringt mich dann auch schon nahezu zum Ende. Hier wird oft der Konflikt aufgemacht zwischen CFD und PPA. Wir haben in unserem Beispiel gezeigt, dass die auch parallel existieren können und sogar kombiniert werden können. Danke.

**Der Vorsitzende:** Danke. Als nächstes Herr Holm von der AfD.

**Abg. Leif-Erik Holm (AfD):** Ja, vielen Dank, Herr Vorsitzender. Wir diskutieren ja hier die Frage, wie langfristig der Offshore-Ausbau bis 40 Gigawatt gemanagt werden kann, aber ich möchte schon nochmal auf die grundsätzliche Frage zurückkommen. Dr. Detloff hat das ja angesprochen. Wieviel Leistung, wieviel Flächenverbrauch in der Nordsee, 21 Prozent, die Zahl wurde auch genannt der ausschließlichen Wirtschaftszone, könnten dafür verwendet werden dann, wenn es soweit ist? Wie viel vertragen wir überhaupt? Und deshalb die Frage nochmal an Dr. Detloff. Sie haben es ja schon ausgeführt, aber vielleicht haben Sie schon eine Vorstellung, eine Idee, wie weit aus Ihrer Sicht so ein Ausbau gehen könnte? Sie haben ja gesagt, bis 20 Gigawatt wäre durchaus vorstellbar, aber wieviel darüber hinaus? Also das halte ich schon für eine wichtige Frage, wenn wir an Natur und Umweltschutz denken.

**Der Vorsitzende:** Herr Dr. Detloff bitte.

**SV Dr. Kim Detloff (NABU):** Ja, das ist wirklich schwierig. Also ich habe die Antwort nicht. Wir haben uns zu den 20 Gigawatt bekannt und wir glauben, dass das der Anstrengung aller bedarf.

Aber wenn wir so ein bisschen schauen, was wir eigentlich heute wissen, das ist so ein bisschen, ich kann eigentlich eher den Weg skizzieren, wie wir uns diesen Erheblichkeitsschwellen nähern können, als dass wir, als dass ich wirklich konkrete Zahlen nennen kann. Letztendlich geht es darum, wir dachten in der Vergangenheit immer, wenn wir uns die AWI vorne anschauen, dann haben wir das Problem bei dem Stern- und bei den Prachttauchern, die diese großen Meideradien zeigen, die große Teile des für sie ausgewiesenen Vogelschutzgebietes verloren haben heute bei Stand jetzt, bei jetzigem Aufbaupfad. Da sind etwa 37 Prozent des Vogelschutzgebietes Östliche Deutsche Bucht verloren gegangen. Und dann habe ich mich oft mit der Frage konfrontiert gesehen, ist das der Preis, den die Natur zahlen muss? Dann sind zwei Arten weniger bei uns. Heute wissen wir aber letztendlich, dass viele Arten betroffen sind. Dass Trottelnungen genauso betroffen sind wie Basstölpel, Dreizehnmöwen, also letztendlich, wir nähern uns letztendlich, wir müssen uns die natürlichen Sensitivitäten der Arten anschauen, ihre Verbreitungsmuster anschauen und wir müssen dann zu einer Positivliste kommen. Es gibt heute schon Regionen in der Nordsee, die besser geeignet sind, um Offshore-Windenergie auszubauen. Es gibt welche, die schlechter geeignet sind. Und letztendlich ist das wirklich diese sehr komplexe Frage der ökologischen Belastungsgrenzen und deshalb kann ich nicht groß genug betonen, diese Aufgabe leistet gerade die maritime, die Marine Raumordnung. Dort werden alle Daten zusammengeführt. Dort soll der Ausgleich der unterschiedlichen Sektoren vorgenommen werden und von da müsste letztendlich auch ein Ausbaupfad kommen, der über 2020 hinausgeht und durch das Vorpreschen des Windenergiegesetzes, unschön will ich es einfach mal sagen, wird ein großer Druck aufgebaut und gibt es eine monosektorale Festlegung, die letztendlich den Ökosystemansatz, zu dem wir nach Mariner Raumordnung, nach Mariner Strategierahmenrichtlinie verpflichtet sind und den auch die EU-Kommission von uns übrigens einfordert, dass wir den eigentlich kaum mehr weiterverfolgen können. Und deshalb wäre mein Appell, ich kann keine Zahl nennen, so leid mir das tut, ich hoffe, es geht ein bisschen mehr als 20 Gigawatt, aber wie viele und an welcher Stelle, das muss Aufgabe der Maritimen Raumordnung



sein.

Der **Vorsitzende**: Danke, Herr Dr. Schulze von der CDU/CSU.

Abg. **Dr. Klaus-Peter Schulze** (CDU/CSU): Ja, schönen Dank. Meine Frage geht an Herrn Maurer. Wenn wir jetzt auf 40 Gigawatt im überschaubaren Zeitraum ausbauen wollen, sind denn die Netze an Land, so wie sie geplant sind, beziehungsweise auch ausgebaut sind, in der Lage das aufzunehmen oder muss hier nachgesteuert werden?

Der **Vorsitzende**: Herr Maurer, bitte.

SV **Christoph Maurer** (Consentec GmbH): Ja, das ist ja relativ klar, dass wir in der Netzplanung im Moment noch nicht auf den Horizont 2040 schauen. Der nächste Netzentwicklungsplan wird im Fernziel auch 2040 betrachten. Ja, also es wird ein Netzentwicklungsplan 2035/2040 sein. Der wird dann berücksichtigen müssen und in der Planung sorgfältig abwägen müssen, wie man 40 Gigawatt Offshore-Wind in die Netze integrieren kann. Ich würde nicht behaupten wollen, dass das geht, ohne dass man zusätzliche Leitungen baut. Aber ich glaube, das muss uns allen klar sein. Wir werden Leitungen brauchen, wir werden Netzausbau brauchen, um Energiewende erfolgreich umsetzen zu können. Also ich glaube, da dürfen wir uns keinen Illusionen hingeben, dass es irgendwann Schluss sei damit. Aber es ist kein „Show-Stopper“ an der Stelle, weil noch ist genügend Zeit, auch vor dem Hintergrund dieser ambitionierten Ausbauziele einen dazu passenden Netzausbau zu machen. Das ist nicht nur Ausbau, da werden wir auch auf Netzverstärkungstechnologien setzen. Da ist in den letzten Jahren sehr viel passiert im Bereich der optimierten Systemführungen, neue Ansätze und so weiter, die auch die Kapazitäten der bestehenden Netze erhöhen. Man sollte sich aber nicht der Illusion hingeben, es ginge ohne Netzausbau.

Der **Vorsitzende**: Danke. Frau Weeser, bitte.

Abge. **Sandra Weeser** (FDP): Ja, meine Frage richtet sich nochmal an Herrn Reitz. Unter welchen Voraussetzungen halten Sie es für möglich, marktbasierend die Finanzierung für Wind-Offshore

auszubauen?

Der **Vorsitzende**: Richtig verstanden Herr Reitz, Frau Weeser? Ja. Herr Reitz, bitte.

SV **Peter Reitz** (EEX AG): Ja, vielen Dank für die Frage. Da steckt ja schon drin, dass es überhaupt möglich ist, dass wir eine Marktintegration ohne Förderung auch von erneuerbaren Energien haben. Davon bin ich überzeugt, dass das möglich ist. Ich sag mal, die Lernkurve der letzten zwanzig Jahre mit dem EEG haben dafür gesorgt und die 0-Cent-Gebote, die wir jetzt gesehen haben, sind auch ein Beweis dafür. Das gilt insbesondere für Wind-Offshore. Die Technologie ist ausgereift und weiter innovativ, haben wir gerade auch von Siemens gehört. Und eben dort sehen wir ja die 0-Cent-Gebote. Es ist auch deshalb möglich, weil hier die politischen Rahmenbedingungen auch langfristig angelegt sind. Und das ist das, was Investoren insbesondere brauchen. Wir haben einen langfristigen Ausbaupfad festgelegt, hier mit dem Entwurf bis 2040, und wir garantieren über das Zentralmodell, dass der Staat die Flächen bereitstellt und für die entsprechenden Netzanschlüsse sorgt. Das ist natürlich etwas, was auch einen Wert hat für die Leute, die dort als Produzenten auftreten wollen. Insofern geht aus meiner Sicht der Vorschlag der Bundesregierung zur Weiterentwicklung des Ausschreibungsmodells hier in die richtige Richtung. Zum einen mit der Anhebung des Höchstwerts, sodass wir Wettbewerb bei der Gebotshöhe bekommen. Zum zweiten aber auch ist diese zweite Gebotskomponente, die ja nur greift, wenn 0-Cent-Gebote auf dem Tisch liegen, nur konsequent. Weil es nämlich genau dann diesen staatlich garantierten Flächen und den Netzanschlüssen einen Wert beimisst, den die Akteure in dieser zweiten Gebotskomponente entsprechend bepreisen können. Das ist letztendlich vergleichbar mit der Auktion von Mobilfunknetzen, wie wir das in anderen Segmenten gesehen haben. Insofern glaube ich, dass Marktintegration möglich ist. Es ist auch sinnvoll, weil man, wie gesagt, wenn man mal ganz langfristig denkt Richtung 100% Erneuerbare irgendwann, wenn man bei der Marktintegration hier nicht vorankommt, man ja da schrittweise den Markt wieder abschafft. Und die Konsequenzen daraus sollten wir uns besser nicht ausmalen. Die Vorteile, die mit dem Wettbewerb in diesem Markt



entstanden sind, davon profitieren letztendlich alle Endverbraucher. Und deshalb ist es wichtig, den Schritt zur Marktintegration weiterzugehen und nicht nur auf kurzfristige Preisintegrationen zu schauen.

Der **Vorsitzende**: Danke schön. Herr Beutin von der Fraktion DIE LINKE.

Abg. **Lorenz Gösta Beutin** (DIE LINKE.): Ja, vielen Dank. Ich habe zwei Fragen, einmal an Heiko Messerschmidt, Moin. Und an Herrn Dr. Detloff. Die erste Frage an Herrn Messerschmidt: Die Offshore-Branche wird ja häufig mit guten Industriearbeitsplätzen in Verbindung gebracht. Nun fragen wir uns, wie die Realität tatsächlich aussieht. Das heißt, welche Rolle spielt da beispielsweise auch die Leiharbeit, die durchaus ja in diesem Kontext auch kritisch zu sehen ist. Und was ergibt sich daraus für das Modell der Ausschreibung? Das heißt, was wird dort aus Sicht der IG Metall befürwortet, was würde für die Beschäftigten und die Firmen am meisten Sicherheit bringen? Und die zweite Frage an Dr. Detloff. Vielleicht könnten Sie auch vor diesem Hintergrund nochmal aus naturschutzrechtlicher Sicht die Frage beleuchten, welches Ausschreibungssystem sinnvoll sein könnte.

Der **Vorsitzende**: Waren zwei Fragen. Als erstes Herr Messerschmidt bitte, eine Minute.

SV **Heiko Messerschmidt** (IG Metall Küste): Also aus unserer Sicht sehen wir schon einen massiven Preisdruck, der sich bei den Beschäftigten auswirkt. Der Kostendruck, der Druck auf Tariflöhne macht. Der Druck heißt Werkverträge, Leiharbeit, auch dort in der Branche, der Druck ist dort stark. Deswegen plädieren wir auch dafür, nicht nur über den Preis zu kommen. Natürlich brauchen wir günstige Strompreise, sondern auch über qualitative Kriterien nachzudenken. Das wären dann zum Beispiel Fragen von Tarifbindung als Kriterium für die Vergaben oder auch die Frage von Anteilen von Wertschöpfung in Deutschland an der Küste, um gute Arbeitsplätze dann zu sichern.

Der **Vorsitzende**: Danke. Herr Dr. Detloff.

SV **Dr. Kim Detloff** (NABU): Ja, vielen Dank. Das ergänzt sich ganz gut mit dem, was Herr Messer-

schmidt gesagt hat. Nun ist das auch ein Terrain, wo ich mich als Meeresbiologe vielleicht nicht ganz so sicher fühle, aber natürlich brauchen wir dazu eine Meinung als NABU. Und wir tendieren auch dazu, einzusehen, dass billig nicht gleich gut ist. Und haben da schon so ein bisschen Angst, dass negative Gebote letztendlich zu Kosten der Qualität der Planung und Um- und Durchsetzung von Offshore-Windparks gehen könnten. Deshalb tendieren wir, sympathisieren wir auch mit Differenzverträgen, weil wir dann auch die Hoffnung haben, dass sich über diese anteilige staatliche Risikoübernahme letztendlich auch zusätzliche Kriterien daran andocken lassen können. Die wie bei Herrn Messerschmidt, wie er gesagt hat, eher auch soziale Standards berücksichtigten sollten und wir kommen natürlich von naturschutzfachlichen Kriterien. Wir erleben heute immer wieder, dass sich einige Betreiber und die Branche doch so ein bisschen schwer tut, ein bisschen mehr zu machen als notwendig. Und wenn man da Anreize schaffen könnte, um Umweltauswirkungen zu minimieren, ich denke da an Radarüberwachung, an Abschaltautomatiken, Beteiligung von Forschungsprojekten und ähnliches. Wenn man das Andocken könnte an das Modell der Differenzverträge, ich glaube dann würde auch die Natur von diesem Vergütungsmodell nochmal profitieren können. Insofern sympathisieren wir mit einem anderen Modell, mit den Differenzverträgen.

Der **Vorsitzende**: Danke schön. Herr Müller von der CDU/CSU-Fraktion.

Abg. **Carsten Müller** (CDU/CSU): Vielen Dank Herr Vorsitzender. Ich hab zwei Fragen, die ich an Herrn Maurer richten möchte. Zum einen möchte ich auf eine Frage zurückkommen, die bereits mein Kollege Peter Bleser an Sie gerichtet hat hinsichtlich der Potenziale des Ausbaus und da war Ihnen die Zeit ein bisschen davongelaufen. Es würde mich aber genauso interessieren und das Interesse von Peter Bleser ist auch noch nicht erkaltet. Und dann würde ich Ihnen, nachdem wir auf das Thema, inwieweit CFD gegebenenfalls eine Marktintegration befördern oder erschweren oder sich neutral verhalten. Sie hatten dazu ja eine Einschätzung gehört. Von Ihnen nochmal genauer nachgefragt und beantwortet bekommen, wie Sie die Chancen einschätzen, die es gibt, wenn sich das Modell der CFD nicht ganz bewäh-





ren sollte oder jedenfalls nach einiger Zeit überkommen sein sollte, diese wieder abzuschaffen.

Der **Vorsitzende**: Eine Frage an Herrn Maurer, wenn ich Sie richtig verstanden habe.

SV **Christoph Maurer** (Consentec GmbH): Würden Sie ganz kurz nochmal sagen, was Sie zu den Potenzialen genau wissen wollen.

Der **Vorsitzende**: Entschuldigung. Ich muss jetzt wissen, an wen die zweite Frage noch einmal war.

Abg. **Carsten Müller** (CDU/CSU): Beide an Herrn Maurer, wie ich eingangs gesagt habe.

Der **Vorsitzende**: Beide an Herrn Maurer.

Abg. **Carsten Müller** (CDU/CSU): Die Ausbaupotenziale hatte Peter Bleser in der vorvorvorangegangenen Runde nachgefragt und ich würde gerne die Frage der Abschaffungsmöglichkeit CFD wissen.

Der **Vorsitzende**: Ok. Herr Maurer, bitte.

SV **Christoph Maurer** (Consentec GmbH): Also ich glaub bei den Ausbaupotenzialen sind wir, was die Mengen angeht ja durchaus bei ambitionierten Zielen mit den 40 Gigawatt bis 2040. Das wird man irgendwie hinbekommen aus meiner Sicht energiewirtschaftlich. Die wird man auch netztechnisch unterbringen können. Ich sehe durchaus auch die Möglichkeit, weil es sehr viel Kapital gibt, das auf der Kapitalmarktseite zu finanzieren. Also insofern sehe ich da auch mit dem Modell der zweiten Gebotskomponente keine großen Hürden. Bei der Frage der Abschaffungsmöglichkeiten der CFD sehe ich da sehr viel erheblichere Hürden, weil wir ja erstmal einen Schritt zurück machen würden. Ja wir haben jetzt allmählich nicht nur im Offshore-Windbereich, sondern auch bei den anderen Erneuerbaren Technologien den Schritt getan, dass die anfangen, Marktpreisrisiken zu übernehmen. Das Modell der gleitenden Marktprämie ermöglicht das. Jetzt würden wir einen Schritt zurück machen, Marktpreisrisiken wieder rausnehmen. Vermutlich würden wir das nicht perspektivisch auf die Offshore-Windenergie beschränken können, sondern wir müssten damit rechnen, dass wir dieses

Modell auch anderen Technologien anbieten können. Schlichtweg, weil die Offshore-Investoren im Erneuerbaren-Energien-Bereich die professionellsten und finanzkräftigsten sind. Wenn die nicht in der Lage sind, Risiken zu übernehmen, werden es die anderen erst recht nicht sein. Damit nehmen wir aber auch der Verbrauchseite die Absicherungsmöglichkeiten. Wenn es auf der Erzeugungsseite niemanden mehr gibt, der Interesse an privatwirtschaftlichen Absicherungsverträgen hat, fehlen der Verbrauchseite die natürlichen Vertragspartner für Absicherungsgeschäfte. Das heißt, die werden dann auch anfangen, in vermehrten Maße, und die Industrie macht das an der einen oder anderen Stelle schon, nach staatlicher Strompreisabsicherung zu rufen. Und wir kommen dann in eine Spirale, aus der wir aus meiner Sicht ganz schwer nochmal rauskommen. Indem der Staat Investitionen auf der Erzeugungsseite und Strompreise auf der Verbraucherseite garantiert und dann hat niemand mehr einen Anreiz zu einem marktwirtschaftlichen System an dieser Stelle zurückzukehren.

Der **Vorsitzende**: Danke. Frau Dr. Verlinden von den Grünen, bitte.

Abge. **Dr. Julia Verlinden** (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Ja, vielen Dank Herr Vorsitzender. Meine Frage richtet sich an Herrn Zelinger vom VDMA. Und zwar interessiert mich, wie Sie die Absicht der Bundesregierung zum Thema „grüner Wasserstoff“ bewerten. Da ging es ja auch darum, einen Ausbau zu schaffen, dass grüner Wasserstoff auch in Deutschland produziert wird. Und da ist Ihr Verband ja auch dann nicht ganz unwichtig oder beziehungsweise die Mitgliedsunternehmen, die dann da auch entsprechende Anlagen herstellen. Die Frage ist: Passt das zusammen aus Ihrer Sicht bezüglich der Annahmen des Stromverbrauchs der Zukunft, von denen ja auch die Bundesregierung jetzt bei ihrem – ja- Referentenentwurf des EEGs ausgegangen ist und warum müssen wir dafür nicht möglicherweise doch noch mehr Offshore-Kapazitäten auch einplanen, zusätzlich?

Der **Vorsitzende**: Herr Zelinger, bitte.

SV **Matthias Zelinger** (VDMA e. V.): Ja, vielen Dank. Müsste man. Um es relativ kurz zu machen:



Also Punkt eins. Wir glauben, dass der Weg, den wir jetzt als erste Schritte unter der Wasserstoffstrategie machen, sehr sehr richtig ist. Wir glauben auch, auch wenn wir fest davon ausgehen, dass später wir tatsächlich ein Weltmarkt für Wasserstoffderivate sehen werden, dass es absolut richtig ist eine heimische Wasserstoffherzeugung aufzubauen. Erstens als Lernkurve und zweitens insbesondere dort, wo ich sehr direkt große Mengen verbrauchen kann, das natürlich auch unter Umständen ein sehr sehr günstiges Modell am Schluss sein wird. Kommt man dann dazu, dass man diese fünf Gigawatt hat, dann ist das relativ einfach. Alle Experten sagen, unter 4000 Stunden brauchst du so einen Elektrolyseur nicht zu bauen. Dann kommen wir auf 20 Terrawattstunden Stromverbrauch. So, die sind bisher in dem Stromverbrauch, die 580 Terrawattstunden der Bundesregierung, so nicht drin. Bei aller Liebe zur Energieeffizienz halten wir sowieso diese 580 schon für eigentlich zu niedrig. Wir haben uns mal so ein Sammelsurium der Studien angeguckt, die wir für seriös halten und kommen dann also drauf, dass da eigentlich nochmal zehn Prozent mehr mindestens dabei sein müssten. Das bedeutet, dass wir mit dem Mix an Ausbau, das jetzt ja absehbar ist seit Vorlage auch des EEG-Entwurfs mit dem Onshore-Ausbau und dem PV-Ausbau, das wir dort vermutlich - Stand heute - die 65 % verfehlen werden. Davon müssen wir glaube ich im Moment ehrlich gesagt ausgehen. Da ist aber natürlich doch noch eine ganze Menge Zeit bis dahin, also wir haben ja noch Steuermöglichkeiten und wir gehen sowohl bei den zwanzig, aber vor allen Dingen auch bei den 40 Gigawatt davon aus, dass das sozusagen eine Untergrenze dessen ist, was jetzt vorgesehen wird und insbesondere bei den 40 bin ich persönlich auch ziemlich sicher, dass wir da noch mal eine Nachsteuerung sehen werden. Vielleicht nochmal zwei, drei Worte zu dem einen Satz von auch Offshore Wind- und Wasserstoff. Erstens, für große Volumina werden wir dieses ganze Thema „Überschuss-Strom“ nicht in dem Maße sehen in den nächsten Jahren. Ja, sondern wir haben dort bisher wenige Stunden, wenn Sie sich dann eben die Investitionen in Elektrolyseure angucken, viertausend Stunden erreichen Sie sonst nie im Leben. Es gibt schöne ganz dezentrale Modelle, ich gucke Herrn Saathoff an, da oben tut sich ja eine Menge. Aber das ist nicht der Träger einer Wasser-

stoff-Wirtschaft, sondern der Träger einer Wasserstoff-Wirtschaft werden große Volumina sein, die wir auch in große Infrastrukturen dann hineinbringen müssen. Lange Rede, kurzer Sinn.

**Der Vorsitzende:** Danke schön, danke schön.

**SV Matthias Zelinger (VDMA e. V.):** Wir werden nachsteuern müssen.

**Der Vorsitzende:** Danke schön. Jetzt spricht der Kollege Saathoff von der SPD.

**Abg. Johann Saathoff (SPD):** Ja, meine Frage geht an Herrn Thimm. Also wir haben in der Offshore-Windenergie ja eine Kostendegression erlebt in den letzten nicht mal zehn Jahren, sondern in den letzten sieben Jahren, die ihr Beispiel sucht. Sowohl in der fossilen Energie als auch in der Erneuerbaren Energie, nirgendwo haben wir so eine starke Kostendegression gehabt, sodass wir jetzt über zero bits reden. Ich kann mich noch gut erinnern, dass wir über 19,6 Cent pro Kilowattstunde gesprochen haben. So, und hier haben wir jetzt die Situation, wir haben zero bits, also im Prinzip keine Marktteilnahme, oder keine subventionierte Teilnahme mehr. Und ich frage mich jetzt, wie wird die Kostenentwicklung eigentlich sein. Also, wir haben mit CFD die Möglichkeit, Kostensenkungen durchzuführen. Das EEG-Konto runterzufahren und ich würde gerne Ihre Sicht dazu nochmal hören.

**Der Vorsitzende:** Danke. Herr Thimm, bitte.

**SV Stefan Thimm (BWO):** Ja, es ist vollkommen richtig. Genau. Differenzverträge führen dazu, dass die volkswirtschaftlichen Kosten sinken und dass der Strompreis, der an die Industrie weitergegeben werden kann, international wettbewerbsfähig ist. Differenzverträge haben also dahingehend gleich zwei oder gleich mehrere positive Effekte. Wir geben also Kosteneffizienz weiter, sichern damit den Investitions- und Industriestandort in Deutschland, das schafft Wertschöpfung und Arbeitsplätze. Wir erhöhen mit den Differenzverträgen auch die Realisierungswahrscheinlichkeit der Projekte. Das ist auch noch ein wichtiger Punkt, den ich an der Stelle erwähnen möchte, denn wenn Sie vom Zeitpunkt der Bezuschlagung bis zum Zeitpunkt Ihrer finalen Investi-



tionsentscheidung mehrere Jahre ins Land gehen und in diesem Zeitraum regulatorische Veränderungen erfolgen, die dann Einfluss auf das Strompreisgefüge haben und davon gibt es reichlich. Dann stellt sich natürlich vorher die Frage für Sie, ob Sie überhaupt lieber nicht realisieren und dann eine Pönale in Kauf nehmen. Die Kompatibilität mit den europäischen Fördersystemen habe ich schon genannt. Ich möchte auch noch auf das Thema Akteurs-Vielfalt an dieser Stelle kurz eingehen. Wir brauchen Akteurs-Vielfalt um Wettbewerbsintensität zu erhalten. Wir haben bereits gesehen, dass hochriskante Finanzierungssysteme, wie wir sie zum Beispiel in den Niederlanden sehen, dazu führen, dass sich die Akteure zurückziehen. Vattenfall hat in der letzten Ausschreibungsrunde dort zum Beispiel gar nicht teilgenommen. In der letzten Runde waren zwei Bieter nur noch dabei und das zeigt eben, dass die Finanzierungsbedingungen für die Aufrechterhaltung der Akteurs-Vielfalt von so grundlegender Bedeutung ist. Und einen letzten Punkt möchte ich noch ansprechen, der eben ganz massiv gegen die zweite Gebotskomponente spricht. Das sind die verfassungsrechtlichen Zweifel, die Sie möglicherweise auch schon aus den Medien entnommen haben. Hier findet nochmals ein Eingriff in die Eigentumsrechte der ehemaligen Projektrechtinhaber statt. Dadurch, dass die Projekte nämlich nicht realisiert werden konnten, wurden Eintrittsrechte gewährt, die durch die zweite Gebotskomponente nochmals entwertet werden. Aus meiner Sicht sind dies die sechs wesentlichen Gründe, die gegen die zweite Gebotskomponente und für die Einführung von Differenzverträgen sprechen. Danke.

Der **Vorsitzende**: Danke schön. Herr Helfrich von der CDU/CSU.

Abg. **Mark Helfrich** (CDU/CSU): Ja herzlichen Dank. Herr Güsewell, eine Frage an Sie. Sie als EnBW gelten ja durchaus als Erfinder der 0-Cent-Gebote, beziehungsweise Ihr Name wird dort regelmäßig in dem Zusammenhang angeführt und Sie nehmen auch eine gewisse Sonderrolle ein, in der jetzigen Diskussion um das Thema CFD versus das, was wir im Gesetzesentwurf sehen mit der zweiten Gebotsrunde. Mich würde interessieren, wie die Position der EnBW in dieser Thematik ist und vor allem auch welche Refinanzie-

rungsmöglichkeiten Sie sehen, als große Utility, tatsächlich das Ganze dann sowohl von der Finanzierungsseite her, aber dann eben auch von der Marktseite her zu stemmen.

Der **Vorsitzende**: Herr Güsewell, bitte.

SV **Dirk Güsewell** (EnBW): Ja, herzlichen Dank für die Frage. In der Tat, wir sehen, dass die Erneuerbaren Energien Technologie für Technologie derzeit die Marktreife erreicht. Im Übrigen nicht nur die Offshore-Windenergie, sondern auch die Photovoltaik. Wir selber bauen ja bereits ein großes Projekt, das außerhalb des EEGs stattfindet und bereiten die Bauentscheidung für zwei weitere Projekte vor. Der CFD ist ohne Zweifel aus Projektsicht aus Einzelprojektsicht die bessere, die sichere wirtschaftliche Grundlage. Sie nimmt Risiken raus, die der Betreiber nicht weiter berücksichtigen muss und schafft insofern eine, lassen Sie mich sagen, komfortable Ausgangssituation für die Kalkulation. Die Frage, die uns umtreibt, ist aber über das Projekt hinaus gedacht. Die Frage des Systems, die Frage, was es für andere Erzeugungstechnologien bedeutet und das ist schon in einem Beitrag von Herrn Maurer angeklungen. Insbesondere die Frage, ob wir damit nicht zwangsläufig an anderer Stelle dann in ähnliche Absicherungsinstrumente hineinlaufen, Stichwort Kapazitätsmarkt. Wir selber tun uns mit der zweiten Gebotskomponente, wie sie jetzt vorgeschlagen ist, aber auch schwer. Warum? Wir glauben zwar, dass die Technologie die Marktreife erreicht, aber die zweite Gebotskomponente in ihrer jetzigen Ausführung sieht vor, dass die Projekte unabhängig von der Marktsituation mit einem festen Betrag diese Netzkostenzuschüsse leisten müssen. Deswegen haben wir als Mittelweg den Vorschlag gemacht, eine ErlösKomponente, eine Erlösobergrenzen-Komponente einzuführen. Projekte, die also zunächst in der Auktion mit „0-Geboten“ antreten, müssten in einer zweiten Gebotsrunde Gebote abgeben auf den Marktpreis, ab dem sie Teile der Zusatzerlöse dann in Form eines Netzkostenzuschusses abführen würden. Es wäre ein leistungsabhängiges Entgelt, wenn es den Projekten im Markt gut geht. Weil Marktpreise hoch sind, würden Abführungen stattfinden und keine festen Vergütungskomponenten. Unabhängig davon begrüßen wir als Betreiber sehr klar die Ziele die sowohl in Richtung 2030, als auch 2040



gesetzt sind. Die Technologie, das möchte ich nur nochmal ansprechen, hat lange Vorlaufzeiten, lange Planungszeiten und da braucht es Orientierung.

Der **Vorsitzende**: Danke schön. Herr Kotré von der AfD.

Abg. **Steffen Kotré** (AfD): Meine Frage geht an Herrn Reitz. Nochmals bezüglich der Marktwirtschaft auch hier bei dieser ganzen Thematik. Also wir sind ja meilenweit von der Marktwirtschaft hier bei den Erneuerbaren Energien entfernt. Regelmäßig fallen ja die systemischen Kosten unter den Tisch und auch die Diskriminierungskosten für andere Energieträger. Wir werden vermutlich mit der Erhöhung der Erneuerbaren Energien weiterhin die Anachronismen haben, dass wir negative Strompreise haben und vieles, vieles andere mehr. Und da würde mich ganz gerne nochmal Ihre Sicht der Dinge interessieren, wie sich das in Zukunft entwickeln kann, wenn wir da wieder mehr Marktwirtschaft reinbringen würden.

Der **Vorsitzende**: Danke. Herr Reitz bitte.

SV **Peter Reitz** (EEX AG): Ja, vielen Dank für die Frage. Ich teile Ihre Ansicht nicht ganz, dass wir meilenweit von der Marktreife der Erneuerbaren Energien entfernt sind und damit von der Marktwirtschaft. Gerade diese 0-Cent-Gebote zeigen, dass wir Erneuerbare Energien zu Marktpreisen herstellen können und da ist EnBW ein gutes Beispiel dafür. Aber sie sehen auch andere Anlagen, große Anlagen, die in Deutschland gebaut werden außerhalb des Förderregimes und die dann in langfristigen Verkaufsverträgen zu Industriekunden entsprechend vermarktet werden. Insofern haben wir schon heute nach der langen Lernkurve, die wir durchschritten sind, eine funktionierende Marktwirtschaft, auch für Erneuerbare Energien. Wir sehen das auch zum Beispiel an den ersten Anlagen, die jetzt Ende nächsten Jahres aus der Förderung rausfallen – auch die haben Anschlussfinanzierungen im Markt abgeschlossen. Das ist ein Bereich, wo diese langfristigen Stromlieferverträge, also Power Purchase Agreements, auch in Deutschland heute schon funktionieren. Und da muss man sagen, ist auch die Marktintegration schon weit fortgeschritten. Zu dem Stichwort negative Strompreise noch et-

was. Das ist nur bedingt eine Folge der Förderung von Erneuerbaren Energien, sondern vielmehr eine Frage, wie flexibel und wie schnell können konventionelle Energieträger angeworfen werden oder auch wieder runtergefahren werden, in den großen Kraftwerken. Das heißt: es wird immer mal wieder stundenweise negative Strompreise geben - das ist auch an sich nichts Schlimmes oder Gefährliches – sondern eher ein Anreiz für Flexibilität. Das ist nämlich genau eine Preiskomponente für Flexibilität und wenn wir die Flexibilitätsmärkte, die jetzt entstehen, fördern wollen, dann müssen wir die Marktintegration voranschreiten und nicht mit der Einführung von CFDs das Marktpreisrisiko von den Akteuren wieder wegnehmen.

Der **Vorsitzende**: Danke. Herr Saathoff bitte von der SPD.

Abg. **Johann Saathoff** (SPD): Ja. Meine Frage geht an Herrn Zelinger. Und zwar geht das eigentlich über das Gesetz hinaus. Also die Frage ist zwei-, dreimal angeklungen von Herrn Maurer, was passiert eigentlich später. Also wenn sich CFD festsetzt, dann würden wir das ja auch für Onshore und für PV eventuell erleben können. Ich finde das gar nicht so schlimm ehrlich gesagt, wenn wir auch im Onshore Sektor dann wieder in das EEG-Konto zurückzahlen können oder im PV-Sektor. Ich hätte eher das gegenteilige Problem: wenn wir nämlich künftig Anschlusspreise festlegen würden auch für Onshore- Windenergieanlagen und für PV-Anlagen, dass wir dann in echte Schwierigkeiten kommen, dass keiner mehr so etwas bauen will. Dazu hätte ich gerne Ihre Ansicht.

Der **Vorsitzende**: Herr Zelinger bitte.

SV **Matthias Zelinger** (VDMA e.V.): Also tatsächlich glauben wir das sowohl von der energiewirtschaftlichen Seite – auch die Frage welche PPAs und so weiter kann ich überhaupt gestalten - bis hin zu der eben angesprochenen Frage, wo kann ich vielleicht auch eine Wasserstoffproduktion dran koppeln, dass dort tatsächlich Offshore erstmal ein komplett anderes Segment ist. Also ein sehr dezentrales System sowohl für PV als auch für Wind Onshore. Wir sehen dort - muss man ehrlich sagen - dass dort eigentlich der Ef-



fekt, dass wir dezentrale Lösungen finden. Also sowohl Speicher dazu zu bauen, als auch erste Ansätze Wasserstoff. Wobei im Moment, ist es glaube ich eher ein Speicherthema. Das ist dort deshalb blöd, weil das System funktioniert. Also ich würde nicht unmittelbar die Analogie ziehen, wenn wir CFDs bei der Großtechnologie Offshore machen, dass wir das dort auch bei den anderen beiden brauchen. Ich weiß, dass man da je nach Projektion auch zu anderen Ergebnissen kommen kann aber das hängt auch davon ab, welche nachfolgenden Marktaspekte habe ich dann. Also, deshalb, ich würde diesen Automatismus nicht sehen. Ich glaube auch nicht, dass wir das im Moment direkt brauchen - da sind wir sehr davon überzeugt. Viel wichtiger ist natürlich, dass wir insbesondere bei Onshore überhaupt erst mal wieder die Bedingungen schaffen, dass entsprechend überhaupt Projektierungsaktivitäten da sind. Dort ist unser Eindruck, dass deutlich unterhalb der Kategorie von Investoren, die sich mit Offshore beschäftigen, dass dort eine ganz erhebliche Menge an Akteuren da ist, die sehr wohl in dieses Geschäft gerne einsteigen würden, auch in der heutigen Verfassung. Nur dort müssen wir Projektrisiken auf eine ganz andere Art rausnehmen, nämlich endlich vereinfachen, verschlanken und schneller werden.

Der **Vorsitzende**: Danke. Herr Dr. Lenz bitte.

Abg. **Dr. Andreas Lenz** (CDU/CSU): Ja, danke Herr Vorsitzender. Meine Frage richtet sich an Herrn Maurer und an den Herrn Zelinger. Es hieß ja vorher, ich glaube der Herr Güsewell hat das kurz angesprochen, dass es ja vielleicht auch eine Art Zwischenweg geben könnte. Zwischen CFD und Zwei-Geboten-Komponente beziehungsweise ein CFD mit einer sehr stark marktlichen Komponente. Haben Sie da Fantasie für sowas? Wie könnte sowas aussehen? Oder ist das aus Ihrer Sicht schlecht möglich?

Der **Vorsitzende**: Herr Maurer, mit der Bitte etwas übrig zu lassen für Ihren Kollegen.

SV **Christoph Maurer** (Consentec GmbH): Also erst mal, wir haben auch das Erlösmodell uns sehr genau angeschaut. Wir – da unterscheiden wir uns ein bisschen von der Bewertung von Herrn Güsewell – glauben, dass das Modell mit der zweiten

Gebotskomponente letztendlich für die Akteure weniger Risiken bedeutet. Das Erlösmodell klingt besser in der Wirkung als es ist. Der Punkt beim Erlösmodell ist: Sie müssen in guten Jahren zurückzahlen aber in schlechten Jahren wird Ihnen die Zurückzahlung nicht erspart. Das heißt im Zeitverlauf, wenn Sie mal ein gutes, mal ein schlechtes Jahr haben, ist das bei der zweiten Gebotskomponente neutral, bei dem Erlösmodell ist das nicht neutral, weil im guten müssen Sie zahlen und das schlechte müssen Sie trotzdem mitnehmen. Deswegen ist aus unserer Sicht die zweite Gebotskomponente an dieser Stelle überlegen. Das andere bei den CFDs, Herr Thimm hatte vorhin angesprochen, CFDs könnte man ja auch mit dem PPA-Modell kombinieren. Und ich hab das auch in der Stellungnahme des BWO mit Interesse gelesen. An dieser Stelle würde ich nochmal sagen, das sehe ich nicht. Das ist für mich so ein Fall von Chancen privatisieren, Risiken sozialisieren. Es fehlt ein bisschen die Zeit das auszuführen aber das wäre letztendlich eine erhebliche Subvention an die Industrie ein solches Modell und würde auch wiederum vermutlich nur mit einem Auktionsmechanismus oder so was funktionieren.

Der **Vorsitzende**: Danke. Herr Zelinger.

SV **Matthias Zelinger** (VDMA e.V.): Also von der Herstellerseite, wenn Sie einverstanden sind, würde ich meine Minute an den Herrn Thimm weitergeben. Weil ich glaube, dass er da deutlich präziser antworten kann.

Der **Vorsitzende**: Ist der Fragesteller einverstanden?

Abg. **Dr. Andreas Lenz** (CDU/CSU): Ja. Passt.

Der **Vorsitzende**: Herr Thimm.

SV **Stefan Thimm** (BWO): Ja, vielen Dank. Ich würde gerne kurz darauf eingehen. Weil natürlich unser Vorschlag für ein CFD-Plus-Modell, mit dem wir natürlich auch an die Industrie herangetreten sind, sieht eben nicht vor, dass die Betreiber oder die Teilnehmer an den Ausschreibungen Mehrerlöse erzielen, nur weil sie ein PPA eingehen. Sondern es sieht im Prinzip vor, dass nach der Ausschreibung eine weitere Auktionsrunde



stattfindet, in der dann die Konditionen aus dem CFD an interessierte Abnehmer abgenommen werden. Der Vorteil besteht darin, dass der Strompreis-Hedge dann aus dem EEG herausgenommen ist – das heißt eventuelle Kosten würden dann auch gar nicht ins EEG-Konto gehen. Das EEG-Konto ist nur der Rettungsfallschirm, falls der PPA-Stromabnehmer ausfällt und sich damit das Ausfallrisiko für den Projektinhaber realisiert.

**Der Vorsitzende:** Danke schön. Jetzt fragt als nächstes die Frau Weeser.

Abge. **Sandra Weeser** (FDP): Meine letzte Frage nochmal an Herrn Reitz. Die EEX ist ja international tätig. Können Sie vielleicht noch so ein bisschen erzählen oder auch bewerten, wie die Marktteilnahme der Erneuerbaren im Ausland ist?

**Der Vorsitzende:** Herr Reitz bitte.

SV **Peter Reitz** (EEX AG): Ja, danke für die Frage. Kann ich gerne tun. Die Wenigsten wissen ja, dass die EEX inzwischen die größte Strombörse der Welt ist und wir allein in Europa mehr als 20 Länder abdecken, wo wir Strom über die Börse hier in Deutschland handeln. Insofern haben wir natürlich auch Vergleichsmöglichkeiten von anderen Märkten. Hier ist ja, Herr Thimm hat erwähnt, natürlich auch wissenschaftliche Studien dazu - beispielweise von der Universität Cottbus und gemeinsam mit dem College in London – die ja auch solche Vergleiche unabhängig von Fördersystemen gemacht haben und auch zu dem Schluss kommen - und das ist glaube ich das was man auch mit erwähnen muss, wenn man diese Studie zitiert – dass die Erneuerbaren Energien, gerade im Offshore Bereich, jetzt eine wettbewerbsfähige Option sind, unabhängig von dem Fördersystem. Und dass die Autoren hier empfehlen - statt sich weiter auf Förderregime zu konzentrieren - eher die Rahmenbedingungen zu optimieren, um einen marktbasieren Zugang für Offshore-Wind ins Augenmerk zu nehmen. Das ist so ein Thema, wo man sozusagen den wissenschaftlichen Vergleich schon mal zieht. So eindeutig wie das hier dargestellt wird ist das eben nicht. Und das ist insbesondere gar nicht davon abhängig, ob man CFD-Modelle hat oder andere Förderregime. Wir decken natürlich auch Länder ab, in denen es gar keine Fördersysteme gibt und

auch dort sehen wir ja, dass Erneuerbare Energien zugebaut werden und zwar im erheblichen Maße. Optimales Beispiel dafür ist Spanien: Wenn sie sich anschauen, was im spanischen Markt passiert an Zubau von Erneuerbaren Energien, ohne, dass das von staatlichen Fördersystemen beeinflusst wird, dann ist das ein Beispiel, wo man feststellt, dass wir eben nicht isoliert sind in Europa mit diesem Ansatz hier wettbewerbliche Märkte aufzubauen und von staatlichen Garantien abzusehen. Der Markt in Spanien passiert im Wesentlichen über langfristige Power Purchase Agreements mit großen Industrieabnehmern und diese Verträge werden dann anschließend über die Börse und das Clearinghaus abgesichert, sodass auch die Auswahlrisiken da abgedeckt sind. Letztendlich ist der Gesetzentwurf hier auch ein schrittweise ein Einstieg in den Ausstieg der Förderung. Und das würde man mit CFDs, wo man ja mal 20 Jahre commitment eingeht und dieses System vielleicht auch nicht sofort wieder wechseln will, natürlich nicht haben.

**Der Vorsitzende:** Danke schön. Herr Dr. Schultze von der CDU/CSU.

Abg. **Dr. Klaus-Peter Schulze** (CDU/CSU): Ja danke. Herr Vorsitzender. Meine Frage geht an den Vertreter des NABUs. Sie haben ja hier schon verschiedene Ausführungen zu dem Thema Natur und Artenschutz gemacht. Sie fordern ja auch eine konkrete Raumplanung bevor man den nächsten Schritt geht – was ich für richtig halte. Es gibt ja eine ganze Reihe Studien, unter anderem von der Uni Kiehl, mit interessanten Ergebnissen, was die Auswirkungen der bisherigen Windparks sind. Halten Sie die für ausreichend um dann in den Raumordnungsplan mit einzufließen oder sind Ihrer Auffassung nach weitere Untersuchungen erforderlich, was ja dann auch einen gewissen Zeitumfang in Anspruch nimmt.

**Der Vorsitzende:** Herr Dr. Detloff bitte.

SV **Dr. Kim Detloff** (NABU): Ja vielen Dank. Ich glaube wirklich, dass das FTZ der Universität Kiehl da eine ganz wichtige Arbeit geleistet hat in den letzten zwei drei Jahren. Und alles, was wir letztendlich über Meideradien, über Raumwirkung, über Flächenverluste wissen, das kommt aus dieser Arbeitsgruppe von Professor Garthe.



Ich glaube deshalb, dass das das Grundgerüst der maritimen Raumplanung sein muss, wenn man sich den Sektor Offshore Windkraft anschaut. Also ja, ich glaube das ist ausreichend. Und ich sage aber auch nein, weil es natürlich noch offene Fragen gibt. Das ist in der Wissenschaft eigentlich immer so, dass wir nie diese hundertprozentige Sicherheit haben. Und natürlich gibt das nochmal weitere Fragestellungen gerade der kumulativen Betrachtung. Also wie wirken auch unterschiedliche Sektoren. Wir haben zum Beispiel sehr spät gelernt, dass gerade der Wartungsverkehr für die Windparks eine erhebliche Beeinträchtigung für die Meeresumwelt darstellt, den wir bisher in Raummodellen noch nicht berücksichtigt haben. Und gleichzeitig lernen wir auch jetzt erst, dass unser Schutzgebietsnetzwerk Natura 2000 nur wertvoll sein kann, wenn wir zusätzlich wichtige Migrationskorridore frei von anthropogenen Nutzung halten. Auch da glaube ich haben wir durchaus noch Bedarf, auch wenn wir da schon ganz gut Bescheid wissen, gerade aus dem Ostsee-Raum, was die Rügenschonlinien oder auch die Vogelfluglinie über Fehmarn letztendlich für den europäischen Vogelzug bedeuten. Also ich glaube wir haben ganz ganz viel, was uns heute in die Lage versetzt eine nachhaltige maritime Raumplanung vorzunehmen aber ich glaube Herr Schulze Sie wissen ganz gut, die Wissenschaft ist da noch nicht am Ende und ich glaube, da ist noch viel Forschungsbedarf.

**Der Vorsitzende:** Danke. Kollege Saathoff bitte.

Abg. **Johann Saathoff** (SPD): Ja es gibt jetzt Irritationen, weil ich wollte eigentlich Heiko Messerschmidt nochmal fragen zu seiner Bewertung des EEG-Entwurfs; aber der ist jetzt irgendwie aus der Leitung geflogen.

**Der Vorsitzende:** Wir gucken mal. Kollege Messerschmidt, sind Sie noch da?

Abg. **Johann Saathoff** (SPD): Ja, vielleicht Herr Thimm, wollen Sie dann nochmal ein paar Anmerkungen machen oder Herr Zelinger? Messerschmidt wäre jetzt der richtige gewesen, aber so ist die Welt.

**Der Vorsitzende:** Das ist das Problem dieser Digitalisierung. Kollege Thimm.

**SV Stefan Thimm** (BWO): Aus der Hüfte heraus schießen. Tatsächlich kann ich da vielleicht ein zwei Hinweise geben. Grundsätzlich würden wir es sehr begrüßen, wenn das EEG weiterhin natürlich Ausbauziele definiert aber vor allem – und das ist so aus Sicht der Offshore Branche ein Punkt, der uns sofort aufgefallen ist – das ist die vorgesehene Änderung von § 51 des bestehenden EEGs. Die sogenannte Verschärfung der sechs-Stunden-Regelung. Heute ist es ja so, dass wenn der Marktpreis sechs Stunden in Folge am vortägigen Spotmarkt negativ ist, dass dann für diese Zeit und die darauffolgenden Stunden mit negativen Marktpreisen – eine komplizierte Regelung – keine Marktprämie ausgeschüttet wird. Das stellt Investoren vor ganz erhebliche Probleme, denn sie wissen ja nicht, wie oft negative Marktpreise auftreten und sie können das auch ehrlich gesagt nicht gut bewirtschaften. Denn wenn es Politik nicht gelingt die Nachfrageseite durch zum Beispiel die Wasserstoffstrategie in einem entsprechenden Umfang zu flexibilisieren oder andere Flexibilisierungen am Strommarkt zu erzielen, dann laufen Investoren da in ein ganz signifikant hohes Risiko rein. Das heißt also auch bei der Gebotsabgabe, das würde sich dann wieder in der Gebotsabgabe widerspiegeln, wird sich das, ganz genau, entsprechend mit höheren Geboten wiederfinden. Ich möchte die verbleibende Zeit an der Stelle ganz gerne noch nutzen, um nochmal kurz abzubiegen und zwar, um auf unsere Stellungnahme hinzuweisen. Natürlich sehen wir es so, dass das Wind-See-Gesetz nicht nur negative Seiten hat. Ich glaube Herr Güsewell hat ja eben auch schon festgestellt: es gibt da durchaus auch wichtige und richtige Entwicklungen, wie zum Beispiel das 20 GW Ziel und das 40 GW Ziel. Es gibt allerdings auch ganz erhebliche Kritikpunkte, dazu gehört zum Beispiel auch dass die Potenziale im Küstenmeer nicht gehoben werden und da auch keine Perspektive darauf gegeben wird. Wir haben zu diesem Zusammenhang auch eine Küstenmeer-Regelung vorgeschlagen und da verweise ich ganz explizit auch auf unsere Stellungnahme. Des weiteren haben wir natürlich Probleme damit, dass die Ausschreibungen unter den Vorbehalt von Zusagen der Netzbetreiber abhängig gemacht werden, dass die Netzanbindungen da sein werden. Das kann im Zweifel dazu führen, dass da wenige Wochen entscheidend sind, ob eine Ausschreibung überhaupt stattfindet.



den kann und es ist unklar, ob diese Ausschreibungen nachgeholt werden können. Aus unserer Sicht ist es ganz zwingend notwendig, dass wir hier eine Ermessensentscheidung in das Wind-See-Gesetz integriert bekommen, damit eine sachgerechte Entscheidung zu dem jeweiligen Zeitpunkt vorgenommen werden kann und diese Muss-Entscheidung sollte dementsprechend modifiziert werden. Vielen Dank.

Der **Vorsitzende**: Danke schön. Der Kollege Beutin von der Fraktion DIE LINKE. spricht bitte.

Abg. **Lorenz Gösta Beutin** (DIE LINKE.): Ja meine Frage geht nochmal an Dr. Detloff. Was mich sehr umtreibt ist, wie kann man verhindern, dass ein Naturschutz zu einem Instrument der Gegner der Energiewende und der Gegner des Klimaschutzes gemacht wird? Und vor diesem Hintergrund, wie könnte man das Verfahren für die Zeit nach 2030 - das heißt für die zukünftigen Ausschreibungsmengen - gestalten, sodass man Klimaschutz und Artenschutz und Naturschutz miteinander in Einklang bringt.

Der **Vorsitzende**: Dr. Detloff bitte.

SV **Dr. Kim Detloff** (NABU): Ja, vielen Danke. Diese Sorge treibt mich auch um. Wir müssen Klimaschutz und Biodiversitätsschutz zusammen denken. Und vielleicht hab ich jetzt nochmal Gelegenheit die von mir schon vielfach zitierte maritime Raumordnung so ganz kurz mal zu beleuchten. Weil ich glaube sie bietet uns die Möglichkeit. Denn ich glaube - ich hatte ja schon durchblicken lassen - letztendlich alles, was jenseits der 20 Gigawatt realisiert werden soll, geht nur, wenn wir anderer Stellung Druck aus dem System nehmen. Das heißt, wir müssen an die anderen Sektoren heran. Und dieses Instrument oder dieses Instrumentarium bietet letztendlich die maritime Raumordnung. Und die findet so ein bisschen - ich weiß jetzt nicht, wie viele von Ihnen sich schon damit beschäftigen - sie läuft jetzt ungefähr seit einem guten Dreivierteljahr der Fortschreibungsprozess und wir stehen praktisch zwei Wochen vor der Öffentlichkeitsbeteiligung und federführend ist das Bundesamt für Seeschifffahrt - diesmal als Fachbehörde nicht des Verkehrsministeriums, sondern des Innenministeriums des Verantwortlichen und hier werden unterschied-

liche Konzeptionen diskutiert. Und wir hatten in einem Erstentwurf für die maritime Raumplanung von Nord- und Ostsee mal so drei unterschiedliche Konzeptideen. Das eine ist, wir halten an der traditionellen Nutzung fest - wo ich Übernutzung zu sage, weil das hat uns vom Umweltzustand dahin geführt, wo wir heute sind. Dann gab es ein Klimaschutzenszenario und Meeresnaturschutzszenario. Und diese Szenarien haben sie unterschieden über den Aufbaupfad Offshore-Wind in erster Linie von 25 bis etwa 50 Gigawatt. Und was das Windenergie-auf-See-Gesetz nun gemacht hat, ist eigentlich - und was das BSH jetzt gerade übernimmt in diesem Prozess - ist, wir machen mit der traditionellen Übernutzung weiter und packen die 40 Gigawatt obendrauf. Das kann naturschutzrechtlich nicht funktionieren. Wir haben heute schon Erheblichkeitsschwellen gerissen und da müssen wir umsteuern. Und das kann die maritime Raumordnung, indem sie letztendlich Vorrang und Vorbehalt und Ausschluss formuliert. Über einen Stakeholder-Dialog auf Grundlage von wissenschaftlichen Empfehlungen - das ist das, was Herr Schulze auch ansprach. Und ich glaube deshalb kann ich nur empfehlen, dass wir diese Ausbau-Ziel-Diskussion letztlich der maritimen Raumordnung überlassen. Dort müssen wir gucken erst mal 20 Gigawatt vernünftig zu planen an die wenigsten kritischen Standorte und dann müssen wir schauen, dass wir vielleicht einzelne Flächen unter Vorbehalt stellen, die wir perspektivisch weiterentwickeln wollen. Und ich glaube eine ganz besondere Bedeutung kommt da auch den Meeresschutzgebieten zu, denn auch in denen findet heute Nutzung statt. Und ich glaube auch gut gemanagte Meeresschutzgebiete, die vielleicht frei von Fischerei sind, die könnten auch helfen letztendlich in der Nord- und Ostsee Raum für Offshore-Wind zu generieren. Und deshalb nochmal unser Apell: keine Aufbauziele über 20 Gigawatt im Wind-See-Gesetz, den Naturschutz auf Augenhöhe mit dem Klimaschutz und mit industriepolitischen Zielen verankern und der Raumordnung die Zeit geben, die wir brauchen, um wirklich nachhaltig Windenergie in der deutschen Nord- Ostsee zu planen. Vielen Dank.

Der **Vorsitzende**: Danke. Die letzte Frage führt Frau Dr. Verlinden.

Abge. **Dr. Julia Verlinden** (BÜNDNIS 90/DIE





GRÜNEN): Ja vielen Dank Herr Vorsitzender. Meine Frage geht an Herrn Zelinger. Gerade bezüglich eines längerfristigen Ausbauziels wüsste ich gerne nochmal Ihre Perspektive. Sie haben das Ziel an und für sich ja eben schon mal kurz eingeordnet. Aber wie glauben sie denn, sollte jetzt die Planung zu der Umsetzung dieses Ziels und vor allen Dingen für den Interessenausgleich, aussehen?

Der **Vorsitzende**: Danke. Herr Zelinger bitte.

SV **Matthias Zelinger** (VDMA e.V.): Lassen Sie mich kurz einen Aspekt vorweg stellen. Das ist der: wir reden bei einem 2030er\* Ziel bereits über eine Phase, wo wir später auch ins Repowering kommen. Das heißt, das bedeutet nicht automatisch mehr Leistung, dass wir dann auch zusätzliche Flächen belegen. Also je nach Menge klar aber erst mal, wir kriegen auch dann – wir haben es ja eben gehört – die Anlagen sind heute dreimal so groß wie die ersten. Das ist der erste Effekt. Tatsächlich werden wir dort – und da stimme ich hier völlig zu – einen sauberen Prozess brauchen der sagt, wieviel Flächen, welche Flächen können wir vernünftig dort einplanen. Und ich glaube, was der Teil der Industrie ist, ist auch tatsächlich, dass wir darstellen, was die Anlagen bis dahin können werden sollen und tun. Und auch, wo wir Ansätze sehen. Wir haben es vorhin auch bei dem Gründungsthema gesehen, dass dort ja Lösungen gefunden wurden. Und ich glaube das ist etwas, wo wir den Innovationspfad da auch mit einbauen müssen. Ich glaube das ist eigentlich der Weg, den wir gehen müssen. Klar ist aber auch, dass wir ganz klar sagen müssen: wir sind den Weg der Energiewende gegangen und wir brauchen eine solide Planungsgrundlage auch für die Industrie und eine klare Perspektive. Und deshalb ist glaube ich der Punkt, dass 2030er\* Ziel jetzt als ein – ich sag mal, natürlich späteren Nachjustierungen wohlmöglich unterlegenen – aber als Punkt jetzt mit ins Gesetz zu schreiben, als Orientierung. Das ist bei solchen langfristigen Technologien absolut notwendig und ich glaube auch – nochmal mit allem Respekt davor, dass man auch tatsächlich unter Umständen nochmal nachsteuern muss – dass das politisch ein extrem wichtiges Signal ist.

---

\*„2040“ ist gemeint

Und da haben wir jetzt noch gar nicht drüber geredet, was passiert, wenn wir Klimaschutzziele nochmal erhöhen müssen. Weil de facto ist natürlich ein Gedanke über die 40 Gigawatt auch ein Gedanke darüber, was ist, wenn bis 2030 doch noch mehr passieren sollte. Insbesondere dann, wenn wir das Klimaschutzziel nachstellen.

Der **Vorsitzende**: Danke. Wir sind damit am Ende der Anhörung angelangt. Ich bedanke mich bei Ihnen allen recht herzlich und gehe davon aus, dass Ihre Ausführungen in die Beratungen der Fraktionen auch nochmal eingehen werden. Und möglicherweise auch zu einem Überdenken der eigenen Positionen führen. Ich bedanke mich vor allen Dingen bei dem Sekretariat des Ausschusses, das die Technik heute schon den ganzen Vormittag gut muss ich sagen, gut hingekriegt hat. Und die sozusagen die Voraussetzung dafür geschaffen haben, dass wir hier einigermaßen vernünftig tagen konnten. Recht herzlichen Dank. Ich hoffe, dass Sie uns auch künftig wieder zur Verfügung stehen, wenn wir Sie rufen würden. Recht herzlichen Dank. Kommen Sie gut heim.



Schluss der Sitzung: 13:03 Uhr  
Eck/Rei/Si/Schu